

Grundgesetz Art. 34

1. Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht.
2. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten.
3. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

§ 55 GO NRW – Kontrolle der Verwaltung

(1) Der Rat ist durch den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zu unterrichten.

ALTERNATIVE FAKTEN DES BÜRGERMEISTERS

zum Thema Wochenmarkt

Joachim Jürgens

jj@herten-nrw.de

ltz. Stand: 28. Juni 2019

Inhalt

Antwort zur Beschwerde v. Landrat.....	2
Dienstaufsichtsbeschwerde Amtspflichtverletzung.....	3
Stellungnahme Stadt in der H.A. v. 12.06.19.....	6
Fred Toplak 4. Juni um 23:15 · Mein Statemen zur aktuelle Berichterstattung.....	8
Stellungnahme FDP in der H.A. v. 05.06.19.....	9
FDP-Ratsherr will Haftung prüfen lassen	9
Stellungnahme CDU In der H.A. v. 11.06.19.....	10
„Kündigung war konsequent“	10
H.A. Marktgilde fordert 21.357 Euro.....	10
Toplak: Forderung der Marktgilde	11
Anfrage nach § 15 GeschO des Rates und der Ausschüsse der Stadt Herten – Herten, 15.02.2019 ...	13
– „Entstandene Kosten durch Auflösung des Vertrages mit der Marktgilde“ vom 04.02.2019	13
Marktgilde hat noch keinen Schadensersatz gefordert	14
Update 27.09.2018 18:00 Überprüfung des Ratsbeschlusses	15
H.A. Auftauchen der Marktgilde erregt viele Gemüter.....	15
Pressemitteilung Deutsche Marktgilde eG zur Organisation des Wochenmarktes Herten.....	17
H.A und WAZ berichten am 26.09.2018 im Lokalteil	18
Stellungnahme der FDP im Rat zum Beschluss „Neuaustrichtung des Hertener Wochenmarktes“ Vorlagen-Nr. 18/034.....	21
Mehr zur Causa Wochenmarkt unter http://rat.jidv.de/	22
Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE.....	22
lesen Sie mehr hier unter:klick	25
Ein Bürgermeister hat fünf Funktionen zu erfüllen	25
Ausriss H.A. es bleibt „Nein“ zur Gilde	26
FDP-Stellungnahme zur Causa Wochenmarkt!	26
Toplak ist morgen auf dem Markt.....	29
Links zum Thema	30
Politiker fühlen sich getäuscht	30
Antrag nach § 14 GO -Herten – hilfsweise Anfrage nach § 15 GO-Herten zur/zum: Vorlage 18/034 ..	32
Anfrage nach Toplaks Facebookbeitrag	33
Hertener Allgemeine vom Donnerstag, 15. Februar 2018, Seite: 5 Herten. (db) Bekanntlich hat Bürgermeister Fred Toplak vorgeschlagen, den Wochenmarkt zu privatisieren.....	34
Anlage: Protokoll des Rates v.18.09.2018 Sitzung 18/171.....	39

Je weniger Kopf, desto mehr Wand, durch die er will.

Dr. phil. Manfred Hinrich (*1926), deutscher Philosoph, Lehrer, Journalist, Kinderliederautor, Aphoristiker und Schriftsteller

Antwort zur Beschwerde v. Landrat

– 26.06.2019

Der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde

Herrn
Joachim Jürgens
Schützenstraße 84
45699 Herten

Neuorganisation des Hertener Wochenmarktes / Kündigung des Vertrages mit der Marktgilde

Ihre Eingabe vom 12.06.2019

Sehr geehrter Herr Jürgens,

mit Schreiben (Email) vom 12.06.2019 haben Sie Beschwerde gegen den Bürgermeister der Stadt Herten, Herrn Fred Toplak, erhoben. Sie werfen dem Bürgermeister im Zusammenhang mit dem Vorhaben einer Neuorganisation des Hertener Wochenmarktes einen Verstoß gegen die Informationspflicht nach § 55 GO NRW vor, indem dieser den Rat bewusst nicht über den Widerstand der Marktbeschicker gegen eine Neuorganisation/Privatisierung des Hertener Wochenmarktes durch die Marktgilde informiert habe. In Unkenntnis dessen habe der Rat in der Sitzung am 21.02.2018 einem Vertragsabschluss mit der Marktgilde zugestimmt. Nachdem der Rat jedoch Kenntnis von einer überwiegenden Ablehnung der Marktbeschicker erlangt habe, habe dies letztendlich zu dem Beschluss des Rates am 18.09.2019 geführt, den Vertrag mit der Marktgilde zu kündigen.

Die nunmehr von der Marktgilde gegenüber der Stadt erhobenen Schadenersatzforderungen wegen Vertragsbruches seien insofern durch ein grob fahrlässiges Handeln des Bürgermeisters verursacht worden.

Mit Blick hierauf bitten Sie um Prüfung, ob Amtspflichtverletzungen durch den Bürgermeister gegeben sind.

Aus der Ratsvorlage (Nr. 18/034) zur Ratssitzung am 21.02.2018 sowie aus dem gefassten und protokollierten Beschluss lässt sich indessen nicht entnehmen, dass die Verwaltung ausdrücklich erklärt hat, die Marktbeschicker seien alle bzw. überwiegend mit dem beabsichtigten Vorgehen einer Neuorganisation/Privatisierung durch die Marktgilde einverstanden. In der Ratsvorlage heißt es vielmehr:

„Es ist ein Vorschlag zur Einbindung der bisherigen Wochenmarkthändler zu erarbeiten. Das Vorgehen bezüglich einer Übernahmeregulierung soll beschrieben werden.“

Der Ratsbeschluss lautet unter Ziff. 6.:

„Es muss sichergestellt werden, dass die vorhandenen Markthändler bei der Belegung des Marktes berücksichtigt werden und die Ausrichtung als überwiegender Frischemarkt bestehen bleibt.“

Weitere Ausführungen zum Diskussionsstand mit den Markthändlern finden sich in den Unterlagen nicht.

Erkenntnisse über ein grob fahrlässiges Handeln des Bürgermeisters sind hier daher nicht gegeben. Anlass zu einem weitergehenden kommunalaufsichtlichen Tätigwerden sehe ich folglich nicht.

Der Bürgermeister der Stadt Herten hat eine Ausfertigung dieses Schreibens erhalten.

Unterschrift Cay Süberkrüb

Dienstaufsichtsbeschwerde Amtspflichtverletzung

Landrat des Kreises Recklinghausen
Kommunalaufsicht.

Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen

via FAX 02361/53-3290 12.06.2019
via Email: B.Freitag@[kreis-recklinghausen.de](mailto:B.Freitag@kreis-recklinghausen.de)

Sehr geehrter Herr Landrat

Ich bitte den folgenden Sachverhalt zu prüfen und mir wg. evtl. weiteres Handeln mir Ihr Ergebnis mitzuteilen.

Schadensersatz nach den Grundsätzen der Amtshaftung.

Hier 34 GG – Amtspflichtverletzung-

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegender Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht.

Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten.

bzw.

839 Abs. 1 Haftung bei Amtspflichtverletzung

Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegender Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Zum Sachverhalt:

Ergebnis der Akteneinsichtnahme vom 30. August 2018

Aufgrund der Proteste der Markthändler in den folgenden Wochen, nahmen FDP und LINKE ihr Recht auf Akteneinsicht wahr, um zu prüfen, inwieweit die Verwaltung die Privatisierung der Marktrechte vorbereitet und mit den betroffenen Markthändlern kommuniziert hat.

Zu dem Ergebnis der Akteneinsicht im Einzelnen:

Den Entschluss der Neuausrichtung des Hertener Wochenmarktes entstand nachweislich durch die Fachbereichsleitung FB3 am 12.2017. Begründet wurde dieses durch **fehlende personelle Ressourcen und fehlendes Fachwissen**. Hierzu wurde gleichzeitig die Marktgilde als einziger Anbieter genannt. Um sich nicht angreifbar zu machen, sollte das Werk ausgeschrieben werden. Hier darf jedoch davon ausgegangen werden, dass sich Bürgermeister und die Fachbereichsleitung schon zum damaligen Zeitpunkt auf die Marktgilde festgelegt hatten. Hier wäre zu Prüfen ob der Tatbestand nach StGB 331 ff greift.

Auch war dem Verwaltungsvorstand am 18.12.17 bekannt, dass sich die Markthändler bezüglich dieser Neuorganisation überwiegend ablehnend geäußert hatten.

Am **1. 2017 und 02.02. 2017** hatte der BM eine Vorveranstaltung initiiert. Die Verwaltung hat im Vorfeld die Marktbeschicker zu dieser Informationsveranstaltung eingeladen, um sie den oben genannten Gemeinschaftsprozess mit einzubinden. Neben den Marktbeschickern wurden auch Vertreter der gewollten Marktgilde eingeladen. **Vertreter aus der Politik** wurden nach diesseitigem Wissen **nicht eingeladen.**

In der folgenden Ausschusssitzung (AFoF) wurde das Vorhaben durch die Fachbereichsleitung und dem Ausschussvorsitzenden vorgetragen. Anwesende Ratsmitglieder der CDU und die Linke äußerten sich kritisch und merkten an, wie mir glaubhaft berichtet wurde, ob das Vorhaben mit den Marktbeschickern einvernehmlich abgesprochen wurde. Dieses wurde durch den anwesenden Bürgermeister und der Fachbereichsleitung explizit bestätigt. Es wurde kolportiert, dass die Mehrheit der Marktbeschicker keinerlei Einwände gegen das Vorhaben hatten. Im Vertrauen auf diese Versicherung stimmte der Ausschuss, bei einer Gegenstimme der Ratsfrau Ruhardt, für den beschriebenen Antrag.

In der darauffolgenden Ratssitzung wurde der Verwaltungsvorschlag mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen, im **Vertrauen auf die Aussagen des Bürgermeisters und Fachbereichsleiterin**, beschlossen. Aufgrund der heftigen medialen Reaktion der Markthändler und Teilen der Politik ist nun erkennbar, dass der Beschluss im Vertrauen auf die unwahren Behauptungen, Aussagen des BM und der Fachbereichsleitung, zustande gekommen ist.

Der Rat wurde nicht, wie in der GO-NRW gefordert, rechtzeitig im Verfahren eingebunden. Dazu die Gemeindeordnung § 55 GO-NRW – Zitat „Der Rat ist durch den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung (in Verbindung der §§ 40; 41 GO-NRW) voll umfänglich zu unterrichten.“

Da die frühzeitige Unterrichtung des Rates die Grundlage für eine ordnungsgemäße Abwicklung der dem Rat obliegenden Aufgaben bildet, verbietet sich auf Seiten des Bürgermeisters eine zu enge Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „alle wichtigen Angelegenheiten“. Mangels gesetzlicher Definition der „wichtigen Angelegenheiten“, bedarf es im jeweiligen Einzelfall einer konkreten Bewertung durch den Bürgermeister, die nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen ist. Im Zweifel sollte er sich für die Unterrichtung entscheiden – Allgemein lassen sich hier alle Angelegenheiten zuordnen, in denen grundsätzliche Entscheidungen zu treffen sind. aber auch solche, die mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sind. **Hier ist der Bürgermeister seinen Pflichten in keiner Weise nachgekommen.**

Das trifft ebenso auf die Unterrichtungspflicht des zuständigen Ausschussvorsitzenden zu. Ausschussvorsitzende haben ihren Ausschuss – entsprechend der Pflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Rat – im jeweiligen Zuständigkeitsbereich umfänglich wahrheitsgemäß zu unterrichten.

Ungeachtet der geschilderten Sachlage ist die Unzufriedenheit der Marktbeschicker und der Marktgilde im Internet aktenkundig. Diese Recherchen hätten durch die Fachbereichsleitung im Vorfeld erfolgen müssen.

Aufgrund des Antrags der CDU – Vorlagen-Nr. 18/171 18.09.2018 – erging folgender Beschluss:

Der Rat der Stadt Herten stellt fest, dass die Verwaltungsspitze die Vorgaben des Beschlusses 18/034 nicht eingehalten hat.

Demzufolge wird der Vertrag mit der Deutschen Marktgilde mit sofortiger Wirkung gekündigt.

Die Wirtschaftsförderung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Marktbeschickern ein neues Konzept zur Erhaltung und Vitalisierung des Marktes zu

Das Konzept wird dem Rat Anfang 2019

Der Antrag wurde einstimmig durch den Rat beschlossen

Mit Email v. 3. Juni 2019 teile uns der Bürgermeister mit:

Von: Toplak, Fred <F.Toplak@herten.de> **Gesendet:** Montag, 3. Juni 2019 14:51

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hatte mit Vorlage 18/171 darauf hingewiesen, dass der Vertrag mit der deutschen Marktgilde über die Organisation des Wochenmarktes befristet abgeschlossen ist und daher keine Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung vorliegt. Und dass eine dennoch ausgesprochene „Kündigung“ ein Vertragsbruch und mit Schadenersatzforderungen zu Lasten der Stadt verbunden wäre. Mit Beschluss vom 18.09.2018 hat der Rat der Stadt Herten dennoch beschlossen und die Verwaltung verpflichtet, den Vertrag mit der Deutschen Marktgilde mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Zwischenzeitlich hat die Deutsche Marktgilde durch eine Anwaltskanzlei ihre Schadenersatzforderungen geltend gemacht. Insgesamt belaufen sich die geltend gemachte Forderungen auf 21.356,99 Euro für vergebliche Aufwendungen und Rechtsverfolgungskosten sowie den entgangene Gewinn für die Dauer des ursprünglich geschlossenen Vertrages.

Eine Prüfung der geltend gemachten Forderungen hat ergeben, dass diese nicht zu beanstanden sind. Die Verwaltung beabsichtigt die Forderungen zu begleichen und keinen Rechtsstreit anzustreben, da dies keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Kosten sind außerplanmäßig zum Haushalt bereit zu stellen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen Fred Toplak

Nach diesseitiger Rechtsauffassung wurde der Schaden durch den Bürgermeister und der juristischen Fachbereichsleitung grobfahrlässig herbeigefügt, so dass die Amtshaftung nach o.a. Gesetzesgrundlage zu Lasten der Verantwortlichen greift.

Um Kosten von der Allgemeinheit abzuwenden, bitte ich den Vorgang zu Prüfen.

Eine umfangreiche Dokumentation wird als Anlage angefügt, bzw. ist unter <http://www.pro-herten.de/?p=4430> veröffentlicht

Mit freundlichen Grüßen,

Der Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde

Herrn
Joachim Jürgens
Schützenstraße 84
45699 Herten

Neuorganisation des Hertener Wochenmarktes / Kündigung des Vertrages mit der Marktgilde

Ihre Eingabe vom 12.06.2019

Sehr geehrter Herr Jürgens,

mit Schreiben (Email) vom 12.06.2019 haben Sie Beschwerde gegen den Bürgermeister der Stadt Herten, Herrn Fred Toplak, erhoben. Sie werfen dem Bürgermeister im Zusammenhang mit dem Vorhaben einer Neuorganisation des Hertener Wochenmarktes einen Verstoß gegen die Informationspflicht nach § 55 GO NRW vor, indem dieser den Rat bewusst nicht über den Widerstand der Marktbeschlusser gegen eine Neuorganisation/Privatisierung des Hertener Wochenmarktes durch die Marktgilde informiert habe. In Unkenntnis dessen habe der Rat in der Sitzung am 21.02.2018 einem Vertragsabschluss mit der Marktgilde zugestimmt. Nachdem der Rat jedoch Kenntnis von einer überwiegenden Ablehnung der Marktbeschlusser erlangt habe, habe dies letztendlich zu dem Beschluss des Rates am 18.09.2019 geführt, den Vertrag mit der Marktgilde zu kündigen.

Die nunmehr von der Marktgilde gegenüber der Stadt erhobenen Schadenersatzforderungen wegen Vertragsbruches seien insofern durch ein grob fahrlässiges Handeln des Bürgermeisters verursacht worden.

Mit Blick hierauf bitten Sie um Prüfung, ob Amtspflichtverletzungen durch den Bürgermeister gegeben sind.

Aus der Ratsvorlage (Nr. 18/034) zur Ratssitzung am 21.02.2018 sowie aus dem gefassten und protokollierten Beschluss lässt sich indessen nicht entnehmen, dass die Verwaltung ausdrücklich erklärt hat, die Marktbeschlusser seien alle bzw. überwiegend mit dem beabsichtigten Vorgehen einer Neuorganisation/Privatisierung durch die Marktgilde einverstanden. In der Ratsvorlage heißt es vielmehr:

„Es ist ein Vorschlag zur Einbindung der bisherigen Wochenmarkthändler zu erarbeiten. Das Vorgehen bezüglich einer Übernahmeregelung soll beschrieben werden.“

Der Ratsbeschluss lautet unter Ziff. 6.:

„ Es muss sichergestellt werden, dass die vorhandenen Markthändler bei der Belegung des Marktes berücksichtigt werden und die Ausrichtung als überwiegender Frischemarkt bestehen bleibt.“

Weitere Ausführungen zum Diskussionsstand mit den Markthändlern finden sich in den Unterlagen nicht.

Erkenntnisse über ein grob fahrlässiges Handeln des Bürgermeisters sind hier daher nicht gegeben. Anlass zu einem weitergehenden kommunalaufsichtlichen Tätigwerden sehe ich folglich nicht.

Der Bürgermeister der Stadt Herten hat eine Ausfertigung dieses Schreibens erhalten.

Unterschrift Cay Süberkrüb

Stellungnahme Stadt in der H.A. v. 12.06.19

Beitrag in der H.A. vom 12.06.2019

Stellungnahmen Stadt Herten reagiert auf Vorwürfe der CDU zur Marktprivatisierung

HERTEN Zu der Schadenersatzforderung der Firma „Deutsche Marktgilde“ - es geht um 21.357 Euro - gegen die Stadt Herten hatte zunächst die CDU-Ratsfraktion Stellung genommen und der Verwaltung unter anderem vorgeworfen, falsch informiert zu haben. Darauf hat jetzt auch die Stadt reagiert.

In ihrer Stellungnahme warf die CDU-Ratsfraktion (Hertener Allgemeine vom 11. Juni) der Hertener Stadtverwaltung vor, beim Thema „Privatisierung des Wochenmarktes“ den Hertener Rat falsch informiert zu haben. Die Stadtverwaltung reagiert darauf nun ebenfalls mit einer Stellungnahme, in der sie Vorwürfe zurückweist.

Die CDU hatte ihr Bedauern darüber geäußert, dass die Stadt nach dem Bruch des Vertrages 21.357 Euro an die Firma „Deutsche Marktgilde“ zahlen muss. Die CDU-Fraktion erklärte, man habe der Privatisierung des Wochenmarktes nur deshalb im Rat zugestimmt, weil von Seiten der Stadtverwaltung vorher erklärt worden war, der Vorgang sei mit den Händlern abgesprochen und treffe auf deren Zustimmung. Erst durch empörte Reaktionen der Händler habe man erfahren, dass dies nicht der Fall sei, und für die Auflösung des Vertrages gestimmt.

Dazu stellt die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme fest: „Der Rat der Stadt Herten hat in seiner Sitzung im Februar 2018 nach eingehender, intensiver Diskussion mehrheitlich beschlossen, den Hertener Wochenmarkt durch einen privaten Dienstleister organisieren und unterstützen zu lassen. Vorgabe war, dass der Vertrag probeweise für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen werden sollte, alle bisherigen Markthändler bei der Standvergabe Berücksichtigung finden müssen und die Gebühren nicht erhöht werden dürfen.“

Die Stadt Herten erläutert, dass ein dementsprechender Vertrag nach einer öffentlichen Ausschreibung schließlich Anfang Juli 2018 mit der Deutschen Marktgilde geschlossen wurde. Die Politik sei entsprechend informiert worden.

Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Gegen die ausdrückliche Empfehlung der Stadtverwaltung, nicht vertragsbrüchig zu werden, hat der Rat im September 2018 beschlossen, den Vertrag mit der Deutschen Marktgilde aufzukündigen.“

Die Stadtverwaltung widerspricht ausdrücklich dem Vorwurf der CDU, den Rat falsch informiert zu haben: „Die Verwaltung hat zu keinem Zeitpunkt behauptet, ausnahmslos alle Markthändler seien mit dieser Vorgehensweise einverstanden, zumal sich mehrere Händler im Vorfeld der Ratssitzung an die Presse gewandt und ihre ablehnende Haltung deutlich geäußert hatten. Spätestens durch diese Presseberichterstattung im Januar 2018 hätte allen Ratsmitgliedern in der Februar-Ratssitzung klar sein müssen, dass die Markthändler kein einheitliches Meinungsbild vertreten haben.“

Hier noch einmal die Kernpunkte der CDU-Stellungnahme (HA vom 11. Juni):

Erstens habe die CDU-Fraktion „der Privatisierung des Wochenmarktes zuvor nur deshalb zugestimmt, weil von Seiten der Stadtverwaltung erklärt worden war, der Vorgang sei mit den Händlern abgesprochen und treffe auf deren Zustimmung.“ Aus den empörten Reaktionen der Markthändler habe man dann jedoch geschlossen, dass es sich um eine Fehlinformation der Stadtverwaltung handelte.

Zweitens, so die CDU, sei man der Auffassung, dass eine nachhaltige Stärkung und Entwicklung des Marktes nur gemeinsam mit den Händlern möglich ist und nicht gegen sie. „Die Kündigung des

Vertrages war daher die konsequente und richtige Entscheidung, auch unter Inkaufnahme eines finanziellen Risikos für die Stadt Herten.“

Drittens: „Der Schaden wäre vermeidbar gewesen, wenn die Stadtverwaltung von Anfang an eine offene Kommunikation mit der Politik gepflegt hätte.“

Im Übrigen erinnert die CDU daran, dass Bürgermeister Fred Toplak als Verwaltungschef in der entscheidenden Ratssitzung selbst für die Kündigung des Vertrages mit der Marktgilde gestimmt hat. Man verurteile es daher, dass Toplak jetzt versuche, „die ehrenamtlich tätigen Ratspolitiker für den Schaden verantwortlich zu machen.“³ Kommentare Artikel drucken

Fred Toplak 4. Juni um 23:15 · Mein Statement zur aktuelle Berichterstattung

Mein Statement, weil die aktuelle Berichterstattung u. a. auf der offiziellen SPD Seite Westerholt+Bertlich und der Tagespresse den Leserinnen und Lesern m. Meinung nach aufzeigen möchte - (Politik), der Rat wusste nicht, was er tut!

Der Hertener Wochenmarkt.

Er sollte für die Zukunft gesichert werden. Das macht man meiner Meinung nach am besten in einer Zeit, wo unser Wochenmarkt zumindest noch am Freitag zu funktionieren scheint. Um den spürbaren und stetig zu beobachtenden, dokumentierten „Abstieg“ zu stoppen, bräuchte es mehr, mehr als jahrelanges Gerede und Gezeter. Endlich mal handeln war auch hier an vielen Stellen zu hören. Auch auf dem Markt wurde der Wunsch an mich herangetragen und nicht zu vergessen, auch die Geschäftsleute der Innenstadt waren an der Stärkung der gesamten Innenstadt interessiert – wovon der Wochenmarkt ein wichtiger Baustein war und ist.

Dazu bräuchte es dann fachkompetente Unterstützung, da waren sich nach meinem Eindruck alle einig. Die Verwaltung konnte die Aufgabe so nicht leisten. Schlicht, weil die Verwaltung keine Händlerscouts und Marktmarketing-Fachleute in Ihren Reihen oder freien Kapazitäten hat. So sollte ein Dienstleister mit entsprechender Erfahrung und Kompetenz gefunden und zeitlich befristet beauftragt werden.

Alleine aus diesem Grunde ist und bleibt es weiter falsch von einer Privatisierung zu sprechen oder zu schreiben. Dies tun nur Menschen, die es scheinbar bis heute nicht verstanden haben wollen. Die Bahn, die Post, die Telekom usw. – das waren staatliche Unternehmen, die „die Politik“ – dauerhaft – privatisiert hat.

Es wurde durch die Verwaltung eine Ausschreibung verfasst, „der Politik“ vorgelegt, Änderungs- und Ergänzungswünsche der Ratsmitglieder übernommen, eingearbeitet und so mehrheitlich durch den Rat beschlossen auf den Weg gebracht.

Die Ausschreibung mit der Vergabe, also der Vertrag hatte durch die Verwaltung klar formuliert – keine Verschlechterung für die Markthändler, keine Kostensteigerungen, keinerlei Nachteile für die Händler garantiert. Ein Projekt auf zwei Jahre ausgelegt, mit anschließender Prüfung im Ausschuss und neuem Beschluss im Rat – nur bei belegtem Erfolg zu verlängern!

Was will man eigentlich mehr an Unterstützung haben, könnte man sich fragen?

Den Rest der Geschichte kennen Sie. Einige der Markthändler haben meiner Wahrnehmung nach aus ureigenstem Interesse (was ich bis dahin als legitim ansehe) Druck, auf „Ihre Politik“ ausgeübt. Doch anstelle hier weiter sachlich die bekannten, diskutierten und beschlossenen Argumente zu bestärken, den gemeinsam eingeschlagenen Weg nun auch zu gehen, suchte man einen Weg, seine nunmehr und scheinbar eigene Fehleinschätzung – zu rechtfertigen. Dazu bedurfte es scheinbar schlicht und einfach eines Sündenbocks und den braucht es jetzt wieder. Dafür sollten sich die Sündenbocksucher 21.357fach schämen.

- Fakt ist. Der Rat hat die Ausschreibung mehrheitlich beschlossen.
- Fakt ist. Die Verwaltung hat den Beschluss umzusetzen und dies mit gleicher Zustimmung getan.
- Fakt ist. Der Rat hat die Verwaltung, den Bürgermeister verpflichtet, gegen einen gültigen Vertrag zu verstoßen.
- Fakt ist. Die Verwaltung, der Bürgermeister musste den Ratsbeschluss gegen seinen Willen umsetzen.
- Fakt ist. Der Rat schiebt hier gerade seine Verantwortung weg.

Warum?

Es sollen sich 43 Ratsmitglieder angeblich getäuscht fühlen, weil das 44. Ratsmitglied, der Bürgermeister, in einer Sitzung nicht gesagt hat, dass es Markthändler gibt, die am liebsten alles so belassen möchten wie es war und ist.

Liebe
liebe Hertener,

Hertenerinnen,

ich bin mir sicher und vertraue weiter darauf, dass Sie genau hinsehen, genau anhören und noch besser als ich wissen, wer hier wen... naja, Sie wissen schon... wer den Erfolg nicht mag, gönnt ihn auch keinem anderen.

Bei Bedarf / hier meine Original- Statements aus 2018

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=2339397886292975&id=1742602672639169

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=2315394292026668&id=1742602672639169

Stellungnahme FDP in der H.A. v. 05.06.19

FDP-Ratsherr will Haftung prüfen lassen

Joachim Jürgens reagiert auf die Geldforderung der Marktgilde.

Herten. (BMH) Die Firma „Deutsche Marktgilde“ fordert von der Stadt Herten 21.356,99 Euro. Die Stadtspitze hat bereits angekündigt, den Betrag mit Geld aus dem städtischen Haushalt zahlen zu wollen (wir berichteten).

Für den FDP-Ratsherrn Joachim Jürgens ist der Fall damit aber nicht erledigt. In einer Stellungnahme kündigt er an, er wolle die Amtshaftung von Bürgermeister Fred Toplak und Rechtsdirektorin Annett Sickers prüfen lassen, gegebenenfalls auch gerichtlich. Jürgens: „Es kann und darf nicht sein, dass die Bürger für das Fehlverhalten der Verantwortlichen im Rathaus aufkommen müssen.“

Bürgermeister Toplak hatte sich 2018 dafür eingesetzt, gegen den Widerstand vieler Händler die Organisation des Wochenmarktes zu privatisieren. Die Parteien warfen ihm vor, den Rat hintergangen zu haben. Sie drängten die Stadt dazu, den bereits gültigen Vertrag mit der Marktgilde aufzulösen. Die Gilde fordert nun 21.356,99 Euro für erbrachte Arbeitsleistungen und entgangenen Gewinn.

Stellungnahme CDU In der H.A. v. 11.06.19

„Kündigung war konsequent“

Die CDU nimmt Stellung zur Geldforderung der Marktgilde.

Herten. Zu der Schadenersatzforderung der Firma

„Deutsche Marktgilde“ gegen die Stadt Herten nimmt die CDU-Ratsfraktion Stellung. Man bedauere es, dass der Stadt ein finanzieller Nachteil in Höhe von 21.357 Euro entstanden ist, heißt es in der schriftlichen Mitteilung.

Grundlage der Forderung sei der einstimmige Ratsbeschluss vom 18. September, den bestehenden Vertrag zur Organisation des Wochenmarktes durch die Marktgilde zu kündigen, blickt CDU-Pressesprecher Matthias Waschk zurück. In diesem Zusammenhang betont die CDU mehrere Aspekte:

Erstens habe die CDU-Fraktion „der Privatisierung des Wochenmarktes zuvor nur deshalb zugestimmt, weil von Seiten der Stadtverwaltung erklärt worden war, der Vorgang sei mit den Händlern abgesprochen und treffe auf deren Zustimmung.“ Aus den empörten Reaktionen der Markthändler habe man dann jedoch geschlossen, dass es sich um eine Fehlinformation der Stadtverwaltung handelte.

Zweitens, so die CDU, sei man der Auffassung, dass eine nachhaltige Stärkung und Entwicklung des Marktes nur gemeinsam mit den Händlern möglich ist und nicht gegen sie. „Die Kündigung des Vertrages war daher die konsequente und richtige Entscheidung, auch unter Inkaufnahme eines finanziellen Risikos für die Stadt Herten.“

Und drittens: „Der Schaden wäre vermeidbar gewesen, wenn die Stadtverwaltung von Anfang an eine offene Kommunikation mit der Politik gepflegt hätte.“

Im Übrigen erinnert die CDU daran, dass Bürgermeister Fred Toplak als Verwaltungschef in der entscheidenden Ratssitzung selbst für die Kündigung des Vertrages mit der Marktgilde gestimmt hat. Man verurteile es daher, dass Toplak jetzt versuche, „die ehrenamtlich tätigen Ratspolitiker für den Schaden verantwortlich zu machen.“

Hertener Allgemeine: 04.06.2019, 12:00 Uhr

H.A. Marktgilde fordert 21.357 Euro

Der Reizthema schlechthin des vergangenen Jahres, die gescheiterte Markt-Privatisierung, hat nun doch ein finanzielles Nachspiel.

Mit solchen Schildern an den Verkaufswagen protestierten die Markthändler im September 2018 gegen die Privatisierung. Archivfoto Pro-Herten



Herten. (CW/BMH) Die geplante Privatisierung des Hertener Wochenmarktes war eines der großen Reizthemen im vergangenen Jahr. Während die Stadtverwaltung die Organisation gerne in fremde Hände gelegt hätte, sträubten sich die Markthändler mit Händen und Füßen dagegen – und fanden

Gehör bei der Lokalpolitik. Mehr noch: Parteiübergreifend wurde Bürgermeister Fred Toplak vorgeworfen, er habe den Rat absichtlich zu spät und falsch informiert, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Einen solch massiven Vorwurf gegen ein Stadtoberhaupt hatte es in Herten zuvor wohl noch nicht gegeben.

Der Rat der Stadt entschied jedenfalls am 18. September 2018 einstimmig, dass die Stadtverwaltung den bereits geschlossenen und gültigen Konzessionsvertrag mit der Genossenschaft Deutsche Marktgilde kündigen solle.

So geschah es dann auch – inklusive der Aufforderung an die Gilde, jegliche Handlungen auf dem Hertener Wochenmarkt zu unterlassen. Während die Gilde den gültigen Vertrag erfüllen wollte, hatte die Stadt Herten damit einen Vertragsbruch begangen, denn die getroffene Vereinbarung kannte keine Ausstiegsklausel.

Von vornherein war somit klar, dass Schadensersatzforderungen in unbekannter Höhe gegen die Stadt möglich sind. Noch im Frühjahr dieses Jahres sah es so aus, als habe die Marktgilde der Stadt Herten sang- und klanglos den Rücken gekehrt. Doch jetzt traf im Rathaus eine Forderung in Höhe von 21.356,99 Euro ein. Damit sollen die bereits erbrachten Leistungen (z.B. Vermessung der Marktstände) und entgangene Einnahmen abgegolten werden.

Nach Auskunft der städtischen Rechtsdirektorin Annegret Sickers hat die Führungsspitze der Stadtverwaltung bereits entschieden, die 21.356,99 Euro zu zahlen. Denn würde die Marktgilde den Betrag einklagen, hätte die Stadt Herten wohl keine Chancen. Schließlich war sie es, die den Vertrag gebrochen hat. Sickers: „Letztlich ist es zudem aus unserer Sicht auch eine moderate und in der Höhe gerechtfertigte Forderung.“

Damit dürfte das Kapitel Marktgilde nun aber auch ein Ende haben.

Toplak: Forderung der Marktgilde

Von: Toplak, Fred <F.Toplak@herten.de> **Gesendet:** Montag, 3. Juni 2019 14:51
Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hatte mit Vorlage 18/171 darauf hingewiesen, dass der Vertrag mit der deutschen Marktgilde über die Organisation des Wochenmarktes befristet abgeschlossen ist und daher keine Möglichkeit einer vorzeitigen Kündigung vorliegt. Und dass eine dennoch ausgesprochene „Kündigung“ ein Vertragsbruch und mit Schadenersatzforderungen zu Lasten der Stadt verbunden wäre. Mit Beschluss vom 18.09.2018 hat der Rat der Stadt Herten dennoch beschlossen und die Verwaltung verpflichtet, den Vertrag mit der Deutschen Marktgilde mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Zwischenzeitlich hat die Deutsche Marktgilde durch eine Anwaltskanzlei ihre Schadenersatzforderungen geltend gemacht. Insgesamt belaufen sich die geltend gemachte Forderungen auf 21.356,99 Euro für vergebliche Aufwendungen und Rechtsverfolgungskosten sowie den entgangene Gewinn für die Dauer des ursprünglich geschlossenen Vertrages.

Eine Prüfung der geltend gemachten Forderungen hat ergeben, dass diese nicht zu beanstanden sind. Die Verwaltung beabsichtigt die Forderungen zu begleichen und keinen Rechtsstreit anzustreben, da dies keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Kosten sind außerplanmäßig zum Haushalt bereit zu stellen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen Fred Toplak

**Anfrage nach § 15 GeschO des Rates und der Ausschüsse der Stadt Herten – Herten,
15.02.2019**

– „Entstandene Kosten durch Auflösung des Vertrages mit der Marktgilde“ vom 04.02.2019

zu Ihrer Anfrage nehme ich wie folgt Stellung:

Mit Ratsbeschluss vom 21.02.2018 wurde die Verwaltung beauftragt, ein Konzessionsaus-schreibungsverfahren zur Bewirtschaftung des Wochenmarktes in Herten-Mitte unter Beachtung vergaberechtlicher Vorgaben durchzuführen.

Die Verwaltung hat daraufhin ein ordnungsgemäßes Vergabeverfahren durchgeführt, das mit Zuschlag an die Deutsche Marktgilde seinen Abschluss fand. Mit Ratsbeschluss vom 18.09.2018 wurde die Verwaltung beauftragt, den Vertrag mit der Deutschen Marktgilde fristlos zu kündigen. Dies hat die Verwaltung mit Schreiben vom 27.09.2018 umgesetzt und gegenüber der Marktgilde die fristlose Kündigung des bestehenden Vertragsverhältnisses erklärt.

Eine Reaktion der Deutschen Marktgilde ist bis heute nicht erfolgt, so dass der Stadt bislang kein materieller Schaden entstanden ist.

Mit freundlichen Grüßen, Fred Toplak



Fisch und Kartoffeln sind jetzt mittendrin

HERTEN-MITTE. Die Privatisierung des Wochenmarktes ist zwar kein Thema mehr. Dennoch soll sich dort etwas ändern – und einiges ist schon passiert.

Von Carola Wagner

Hering, Rollmops und Co. bietet Janet Gahlen neuerdings auf dem Marktplatz an. Früher stand ihr Verkaufswagen in einer Reihe mit anderen Fisch- und Kartoffelhändlern im Pastoratsweg. Nun sind diese Anbieter im südlichen Bereich des Marktplatzes zu finden. Mit dem Standortwechsel ist die Fischverkäuferin zufrieden. „Wir wollten immer gern nach hier oben zu den anderen Lebensmittelständen“, sagt Janet Gahlen. „Wir haben hier mehr Zulauf und können nach Marktschluss gut wegfahren.“ Kundin Doris Scholz findet: „Der Stand kommt hier besser zur Geltung.“

Inge Brandenburg kauft jeden Freitag auf dem Markt ein. Die 89-Jährige holt am Kartoffelstand drei Kilo mehligere Kartoffeln. Dass der Händler nun auf dem Marktplatz steht, ist für die alte Dame gewöhnungsbedürftig. Aber: „So, wie der Markt jetzt ist, finde ich ihn schön.“

Eiermann Ludger Schlüter ist froh, dass es vorerst bei den alten Standgebühren bleibt. Die Marktgilde, der Bürgermeister Fred Toplakern die Organisation des Marktes übertragen hätte (siehe Info), wollte die Preise zwar vorerst stabil halten. Auf lange Sicht rechneten die Händler jedoch mit Preiserhöhungen. Ludger Schlüter

befürchtet, dass die Stadt sich in Zukunft das Messverfahren der Gilde zu eigen macht und auch Vordächer und Deichseln berechnet. Seine Vermutung: „Dann wird es für uns Händler teurer.“

Gudrun und Rolf Kindler kommen regelmäßig aus Besse zum Einkauf nach Herten. „Es ist ein schöner Markt mit reichlich frischer Ware“, sagen die Eheleute. Bei Jan Abels holen sie eine Kiste Grünkohl. Der Obst- und Gemüsehändler hat sich ausbreitet: Rings um seinen Wagen sind Ständer mit Kartoffeln, Kürbissen, Äpfeln und Birnen aufgebaut. „Dafür zahle ich etwas zu“, sagt er.

Geflügelhändler Heinrich Kortmann findet, dass der Markt dank neuer Anordnung der Wagen voller und strukturierter wirkt. „Ich habe immer gesagt, dass die Fische nach oben gehören und die Stände zu weit auseinanderstehen.“

Als der Stadtrat das Aus für die Gilde beschloss, wurde die städtische Wirtschaftsförderung beauftragt, mit den Händlern ein Konzept zu erarbeiten, um den Markt attraktiver zu machen. Derzeit wird im Rathaus ein Fragebogen erarbeitet, der Mitte November an die Händler verteilt wird. Vorstellungen und Erfahrungen werden erfragt, um Ideen zur Stärkung des Marktes zu entwickeln. Auch soll abgefragt werden, welchen Beitrag die Händler zur Verbesserung leisten wollen.



Doris Scholz kauft am Fischstand bei Janet Gahlen. Der steht nicht mehr im Pastoratsweg, sondern auf dem Marktplatz.

Marktgilde hat noch keinen Schadensersatz gefordert

10.11.2018, 12:00 Uhr

(CW) Die Markthändler sträubten sich heftig gegen die geplante Privatisierung des Wochenmarktes und fanden Gehör bei der Lokalpolitik: Der Rat der Stadt entschied am 18. September einstimmig, dass die Stadtverwaltung den Konzessionsvertrag mit der Genossenschaft Deutsche Marktgilde kündigen möge. So geschah es dann auch – inklusive der Aufforderung an die Gilde, jegliche Handlungen auf dem Hertener Wochenmarkt zu unterlassen.

Während die Gilde den gültigen Vertrag erfüllen wollte, hat die Stadt Herten einen Vertragsbruch begangen, denn die getroffene Vereinbarung kennt keine Ausstiegsklausel. Es war von vornherein klar, dass Schadensersatzforderungen gegen die Stadt möglich sind. Bislang hat sich die Marktgilde diesbezüglich allerdings nicht gerührt.



[„Keiner versteht mich“ FT-auf dem Wochenmarkt \(link zum WDR\)](#)

Update 27.09.2018 18:00 Überprüfung des Ratsbeschlusses

Die Überprüfung des Ratsbeschlusses zur Neuorganisation des Wochenmarkts durch die Stadtverwaltung hat ergeben, dass keine Verpflichtung besteht, den Ratsbeschluss vom 18. September zu beanstanden. Somit wird dem Willen des Rates gefolgt und den ordnungsgemäß zustande gekommenen Vertrag mit der Deutschen Marktgilde unverzüglich fristlos kündigen.

Wie die Deutsche Marktgilde reagiert, kann zurzeit nicht abgeschätzt werden.

Die fristlose Kündigung mit der Aufforderung sämtliche Handlungen einzustellen ist heute per Fax vorab der DMG zugestellt worden. Im schlimmsten Fall löst die vertragswidrige Kündigung (hohe). Schadensersatzforderungen aus.

Hertener Allgemeine vom Donnerstag, 27. September 2018, Seite: 3

H.A. Auftauchen der Marktgilde erregt viele Gemüter

26.09.2018, 12:00 Uhr

Von Carola Wagner

Herten-Mitte. Das Hickhack um den Wochenmarkt wird die Stadtverwaltung und die Politik wohl noch eine Weile beschäftigen. Wie berichtet, hat die „Deutsche Marktgilde“ nicht vor, den Konzessionsvertrag aufzulösen. Das Unternehmen will zum 1. Oktober seine Arbeit als Organisator des Marktes aufnehmen und bis zum Ablauf des Vertrags am 31. Dezember 2020 zeigen, was es kann.

Schon am vergangenen Dienstag, 25. September, waren Mitarbeiter der Gilde auf dem Markt unterwegs. „Dreist“, findet Martina Ruhardt, Fraktionssprecherin der Linken, dieses „aktive Auftreten. Die Marktgilde hat da überhaupt nichts zu suchen, zumindest nicht bis zum 1. Oktober.“ Nachdem der Rat der Stadt am 18. September beschlossen hatte, aus dem Vertrag mit der Gilde auszusteigen, hätte sie erwartet, dass die Stadtverwaltung jegliche Aktivitäten des Unternehmens in Herten verhindert.

„Schließlich haben wir der Verwaltung einen klaren Auftrag erteilt.“ Händler seien von Mitarbeitern der Gilde aufgefordert worden, Verträge zu unterschreiben. „So, wie sie sich jetzt zeigt, sind meine Vorbehalte gegen die Deutsche Marktgilde noch größer geworden.“

„Die Marktgilde hat da nicht aufzutauchen. Was da abläuft, ist ein Versagen der Stadtverwaltung und verunsichert die Händler noch mehr“, sagt CDU-Sprecher Wolfgang Kühn. Er erwarte, dass der Ratsbeschluss vom 18. September umgesetzt wird. „Zur Not muss halt Schadenersatz gezahlt und geschaut werden, wer dafür in der Haftung ist.“ Kühn hat eine Vorstellung davon, wie es mit dem Wochenmarkt weiter geht. „Wir müssen mit den Händlern gucken, was möglich ist: Werbung, eine kleine Fressmeile...“

Wolfgang Kumpf, stellv. Fraktionschef der SPD, sieht die Sache anders. „Die Situation ist vertrackt, aber es ist das gute Recht der Marktgilde, den Vertrag umzusetzen.“ Kumpf ist nicht glücklich mit dem Ablauf des ganzen Verfahrens. „Eine unangenehme Geschichte. Wir sind aber verpflichtet, die Interessen der Stadt zu wahren.“ Seines Erachtens ist es der richtige Weg, dass Bürgermeister Fred Toplak den Ratsbeschluss beanstandet. „Letztlich haben wir uns selbst in diese Situation gebracht.“

Verwaltung prüft die Beanstandung

Die Verwaltung der Stadt Herten erklärt, dass sie noch prüfe, ob der in der Sonderratsitzung am 18. September getroffene Ratsbeschluss zur Neuorganisierung des Wochenmarkts von Bürgermeister Fred Toplak beanstandet werden muss. Falls der Beschluss gegen geltendes Recht verstoße, sei er dazu verpflichtet, um möglichen Schaden von der Stadt abzuwenden. Der Vertrag war durch Zuschlag im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens zustande gekommen. Da er befristet ist, kennt er keine Ausstiegsklausel. Ihn zu kündigen – und dazu verpflichtet der Ratsbeschluss vom 18. September die Verwaltung – hieße, vertragsbrüchig zu werden. Schadenersatzforderungen in unbekannter Höhe wären zu erwarten.

Eins ist sicher: Mit der unendlichen Wochenmarkt-Geschichte erregt die Stadt Herten mal wieder überregionale Aufmerksamkeit. Am Freitag ist ein Kamerateam vor Ort, um die Geschichte für eine TV-Sendung aufzubereiten.

Rechtsprüfung bis Montag

27.09.2018, 12:00 Uhr

(CW) Heftig diskutiert wurde das Thema „Marktgilde“ gestern Abend im Ausschuss für Ordnung und Feuerschutz. CDU und Linke zeigten kein Verständnis dafür, dass die Stadtverwaltung dem Treiben des Unternehmens keinen Einhalt gebietet. „Der Bürgermeister kann doch sein Hausrecht ausüben und die Gilde daran hindern, auf dem Markt tätig zu werden“, sagte Holger Lenz (CDU). Das unterstrichen seine Parteikollegen Wolfgang Kühn, Reinhard Piwek sowie Martina Ruhardt (Die Linke): Die Gilde könne ja Schadenersatz für den Vertragsbruch fordern, aber doch nicht einfach den Markt übernehmen, obwohl die Stadt das nicht will. Annegret Sickers erläuterte das Prozedere (siehe Text oben) und erhielt den Auftrag, spätestens am Montag, 1.10., mitzuteilen, ob der Ratsbeschluss vom 18.9. rechtens ist oder vom Bürgermeister beanstandet werden muss.

Pressemitteilung Deutsche Marktgilde eG zur Organisation des Wochenmarktes Herten

Wir – die bundesweit tätige Genossenschaft Deutsche Marktgilde eG – werden wie geplant ab 01.10.2018 die Organisation der Wochenmärkte der Stadt Herten übernehmen. Der offensichtliche Konflikt zwischen Rat und Verwaltung, der seit Wochen ausgetragen wird, hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das bestehende rechtliche Verhältnis zwischen Stadt und uns. Nach unserem Eindruck werden einzelne Markthändler, der ganze Wochenmarkt und leider auch wir als Veranstalter instrumentalisiert, um Interessen zu verfolgen, die nur wenig bis gar nichts mit dem Wochenmarkt zu tun haben. Die Aufforderung des Stadtrates vom 18.09.2018 an die Verwaltung, die bestehende Vereinbarung fristlos aufzukündigen, hat gegenüber uns keine rechtliche Wirkung. Auch an einer einvernehmlichen Auflösung besteht unsererseits kein Interesse.

Nach ausführlicher Beratung haben die Gremien der Deutsche Marktgilde eG, Vorstand und Aufsichtsrat, entschieden, alle Verpflichtungen aus der bestehenden Vereinbarung zu erfüllen. Diese Vereinbarung ist aufgrund einer ordnungsgemäßen öffentlichen Ausschreibung und umfangreichen Bewerbung mit einem detaillierten Konzept entstanden, sie hat eine vorläufige Laufzeit bis Ende 2020. Sie beinhaltet einige Rahmenbedingungen, so auch einen Gebührenbestandsschutz für Händler, die aktuell bereits mit der Stadt Verträge haben: Der Grundpreis, den die Stadt heute bei ihrer Gebührenberechnung für die in Anspruch genommene Fläche eines Marktstandes zu Grunde legt (1,18€/m² für Vertragshändler und 1,80€/m² für Tageshändler, ohne Berechnung von Klappen und Deichsel), wird für diese Händler über die vorläufige Laufzeit, also bis einschließlich 2020, als Nettogebühr beibehalten, zuzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer.

Die öffentliche Reputation unserer Genossenschaft ist durch einzelne Händler- und Politikeräußerungen sowie die entsprechende Presseberichterstattung im Rahmen der Auseinandersetzungen in den vergangenen Wochen deutlich beschädigt worden. Entgegen aller absehbaren Widerstände werden wir beweisen, dass wir ein professioneller und seriöser Vertragspartner sind, der im Rahmen des Möglichen alles daransetzen wird, den Wochenmarkt Herten – und damit die gesamte Innenstadt – nach vorne zu bringen. Da die Vorbereitungen schon seit Wochen angelaufen sind, kann die Organisation der Markttagge auch in der nur noch kurzen Zeitspanne bis Anfang Oktober gewährleistet werden.

Trotz der belasteten Ausgangssituation vertrauen wir auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Händlern, die gemeinsam mit uns die Wochenmärkte voranbringen wollen. Alle Skeptiker unter den Besuchern wollen wir durch umfangreiche Information und sorgfältige Arbeit überzeugen. Auch Ihnen werden wir das Angebot machen, sich aktiv an der Weiterentwicklung der Märkte zu beteiligen.

Pressemitteilung von Mittwoch, 26. September 2018 Stadt Herten

Neuausrichtung des Wochenmarkts

Stadtverwaltung prüft Beschluss der Sonderratssitzung

Herten. Derzeit prüft die Verwaltung der Stadt Herten, ob der in der Sonderratssitzung am Dienstag, 18. September 2018, getroffene Ratsbeschluss zur Neuorganisation des Wochenmarkts von Bürgermeister Fred Toplak beanstandet werden muss. Falls der gefasste Beschluss des Rates gegen geltendes Recht verstößt, ist er dazu verpflichtet, um möglichen Schaden von der Stadt abzuwenden.

Die Beanstandung hätte aufschiebende Wirkung, bis der Rat der Stadt Herten erneut in der Angelegenheit berät und entscheidet. Sollte der Rat der Rechtsauffassung des Bürgermeisters nicht folgen, müsste abschließend die Kommunalaufsicht die Klärung der Rechtsfrage herbeiführen.

Wie die Deutsche Marktgilde in einer Stellungnahme verkündete, hält das Unternehmen trotz Ratsbeschluss weiterhin an der Vertragserfüllung fest und möchte keiner einvernehmlichen Auflösung des Vertragsverhältnisses zustimmen. Durch Gespräche mit den Händlerinnen und Händlern bereitet sich die Deutsche Marktgilde auf eine Übernahme der Marktorganisation zum 1. Oktober 2018 vor.

Ziel der Neuausrichtung, die am 21. Februar 2018 vom Rat mehrheitlich beschlossen wurde, war es den Wochenmarkt interessanter, attraktiver sowie zukunftssicherer zu gestalten. Der Vertrag ist durch Zuschlag im Rahmen eines durchgeführten Ausschreibungsverfahrens zustande gekommen. Die vom Rat am 21. Februar 2018 auferlegten Bedingungen haben umfassend Berücksichtigung gefunden. Der mit der Deutschen Marktgilde abgeschlossene Vertrag endet durch Zeitablauf am 31. Dezember 2020 und sieht somit kein Kündigungsrecht vor.

Der in der Sonderratsitzung vom 18. September 2018 gefasste Beschluss verpflichtet die Verwaltung nun den Vertrag zu kündigen. Damit würde die Stadt vertragsbrüchig werden. Dies hätte Schadenersatzforderungen zur Folge. Die Vertragspartnerin Deutsche Marktgilde müsste dann von der Stadt Herten das Geld bekommen, was sie bis zum Ende der Vertragslaufzeit eingenommen hätte.

Dieser Meldung ist ein Medium zugeordnet:

Logo Stadt Herten

http://www.presse-service.de/medienarchiv.aspx?medien_id=161051

Pressekontakt: Stadt Herten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Corina Plötz (Volontärin), Telefon: 0 23 66 / 303 180, E-Mail: c.ploetz@herten.de

H.A und WAZ berichten am 26.09.2018 im Lokalteil

Der Artikel der H.A. ist auch in der WAZ v. 26.09.2018 erschienen

! Beacht, die Ermittlungen dauern an.

Marktgilde geht an die Arbeit

Der Ratsbeschluss gegen die Privatisierung des Wochenmarktes bleibt wirkungslos. Bürgermeister Fred Toplak wird ihn formal beanstanden. Die Kommunalaufsicht wird ihn prüfen

Von Carola Wagner

Herten. Marktgilde ade? So einfach, wie es sich Händler und Kommunalpolitiker vielleicht vorgestellt haben, geht das nicht. Das Unternehmen Deutsche Marktgilde spielt nämlich nicht mit. Prof. Gerhard Johnson, Sprecher der Genossenschaft, denkt gar nicht daran, den längst rechtsgültigen Konzessionsvertrag mit der Stadt aufzulösen. „Wir – die bundesweit tätige Genossenschaft Deutsche Marktgilde – wenden wie geplant die Organisation der Wochenmärkte der Stadt Herten übernehmend“, stellt Johnson klar. Und zwar gemäß der Vereinbarung zum 1. Oktober.

Mit Vorwunderung registrierte Ober- und Gemüsehändler Jan Abels gestern, dass Martin Rossmarek, Bereichsleiter der Gilde, und der für Herten zuständige Marktmeister vor Ort waren. „Das kann doch nicht wahr sein. Ich dachte, die sind wir los“, sagt er. Auch Holger Gatzberg ist überrascht. Der Textilhändler hatte als Wortführer der Beschicker eine Stellungnahme gegen die Privatisierung des Marktes übergeben und war froh, als der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 18. September einstimmig für die

Übernahme von der Gilde stimmte. „Ich hatte erwartet, wenn der Rat nein sagt, dann heißt das auch nein.“

Dass es unmöglich sei, den bis zum 31. Dezember 2020 befristeten Konzessionsvertrag zu kündigen, hatte die städtische Rechtsdirektorin Annette Sickers bereits in der Ratsitzung erklärt. Um den Ratsbeschluss umzusetzen, hatte sie bei Prof. Johnson angefragt, ob die Genossenschaft zu einer einvernehmlichen Auflösung bereit sei. Gerechnet wurde mit Schadenersatzforderungen der Gilde in unbekannter Höhe, die zu Lasten der Stadtkasse gegangen wären.

Organisator will loslegen

Doch Johnson will kein Geld. Er will als Organisator des Wochenmarktes loslegen und zeigen, was die Marktgilde drauf hat. An einer Auflösung des Vertrags bestehe kein Interesse. „Nach unserem Eindruck werden einzelne Markthändler, der ganze Wochenmarkt und leider auch wir als Veranstalter instrumentalisiert, um Interessen zu verfolgen, die nur wenig bis gar nichts mit dem Wochenmarkt zu tun haben“, erklärt Johnson. Vorstand und Aufsichtsrat hätten entschieden, alle

Verpflichtungen aus der bestehenden Vereinbarung zu erfüllen. Prof. Johnson verweist darauf, dass für Händler, die bereits mit der Stadt Verträge haben, ein Gebührenerstattungsbescheid gelte. Der Grundpreis, den die Stadt heute bei ihrer Gebührenerstattung zugrunde legt, werde beibehalten.

Der Ruf ist beschädigt

Der Professor sieht den Ruf der Genossenschaft durch die Auseinandersetzung in den vergangenen Wochen deutlich beschädigt. Er verspricht: „Entgegen aller absichtlichen Widerstände werden wir beweisen, dass wir ein professioneller und seriöser Vertragspartner sind, der im Rahmen des Möglichen alles daran setzen wird, den Wochenmarkt Herten – und damit die gesamte Innenstadt – nach vorne zu bringen.“

Er hoffe trotz allem auf gute Zusammenarbeit mit den Händlern und sei gewillt, auch Skeptiker durch Information und gute Arbeit zu überzeugen. „Händler aus der Region würden von uns angesprochen, um das Angebot auf dem Markt zu bereichern – und die ersten haben auch schon Interesse angemeldet“, auch Herten zu kommen.“ Bürgermeister Fred Toplak

sagt dazu: „Aus unternehmerischer Sicht kann ich die Gilde verstehen.“ Er habe in der Ratsitzung selbst versehentlich für die Vertragskündigung gestimmt. Als Bürgermeister ist er jedoch dazu verpflichtet, auf die Einhaltung von Recht und Gesetz zu achten. Daher wird er den

Ratsbeschluss, der zu einem Vertragsbruch führen würde, nun formal beanstanden. Die Kommunalaufsicht beim Kreis Recklinghausen muss den Sachverhalt dann rechtlich prüfen und bewerten. Wie lange das dauert, ist laut Kreis-Sprecher Jochem Manz nicht absehbar.

KOMMENTAR

Das Blatt wenden

Die Privatisierung des Wochenmarktes schien gekippt, nachdem der Rat der Stadt beschlossen hatte, der Marktgilde eine Absage zu erteilen. Zufriedene Politiker hatten dem Bürgermeister gezeugt, wie Demokratie auf kommunaler Ebene funktioniert. Enttäuschte Marktbeschicker freuten sich, so weiterarbeiten zu können, wie bisher.

Ein gewisses Unbehagen blieb frohlich angesichts der Tatsache, dass der befristete Konzessionsvertrag unkündbar ist. Wie viel Geld würde die Gilde im Zuge der Auflösung fordern? Die Zeche hätten die Bürger zu zahlen gehabt.

Von Carola Wagner



Jetzt ist klar: Die Deutsche Marktgilde will nicht einfach Geld nehmen und gehen. Sie will loslegen und beweisen, dass sie gut ist. Noch bevor das Unternehmen in Herten einen Handschlag getan hat, ist sein Ansehen imponiert. Das findet Vorstandssprecher Prof. Johnson angebracht. Er will das Blatt wenden. Vielleicht liegt darin das positive Moment in der ganzen Sache.

Nach alledem dürfte sich die Gilde besonders ins Zeug legen, um Händler, Politiker und Bürger doch noch von ihren Qualitäten zu überzeugen.

Meuterei auf der Hertener

Eine Analyse zur politischen Situation nach der jüngsten Ratssitzung und zu den Folgen für die Stadt.

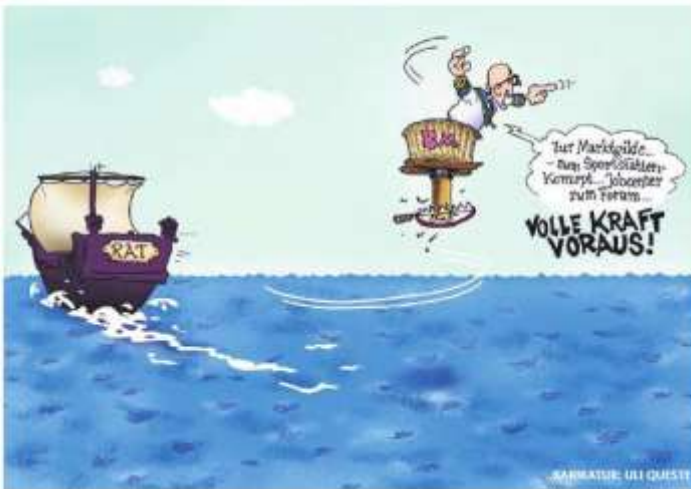
Von Frank Bergmannhoff

Sitzungen des Hertener Rates gleichen immer einer Seelart. Neben der Tür zum Ratsaal hängt eine Schiffslocke, drinnen herrscht ein rauchiger Wind – und am Dienstag kam es sogar zu einer regelrechten Meuterei. So wie einst Besatzungsmitglieder der legendären „Bonny“ ihren ungeliebten Captain Bligh im Gefohrt zurückließen, haben die Ratsmitglieder einen gänzlich anderen Kurs eingeschlagen, als ihr Bürgermeister Fred Toplak vorgeben wollte.

Privatisierung des Wochenmarktes: genehmigt – obwohl der Vertrag rechtskräftig ist. Sportstättenkonzept – mit null, und nichtig erklärt. Jobcenter im Ferien-Ferien statt an der Vitosstraße: blockiert, vorerst bis Oktober.

Bürgermeister Toplak verfolgte die Sitzung – um im Bild zu bleiben – aus dem Beifohrt heraus. Offiziell Gegenwehr ließ er wiederholt den Vorwurf aus der Politik über sich ergehen, er habe den Rat „bewusst getauscht“. Weder vernünftige Toplak das Sportstättenkonzept noch erklärte er, warum das Jobcenter im Forum soll. Häufig erhielten die Ratsmitglieder kräftigen Applaus von dem Zuschauer.

Das zu verstehen, aber Toplak ließ sie gewähren. Von Stefan Gräwe (CDU) und Martina Bahardt (Linke) nach dem angekündigten neuen Organisationskonzept für die Stadtverwaltung gefragt, merkte Toplak an, das falle unter den Stellungplan 2009 beschließen, und der sollte idealerweise zur neuen Personalplanung passen. Toplak jedoch delegierte alle Fragen an den zuständigen Fachbereichsleiter. Der fand sich in der paradoxen Lage wieder,



sich zu einem Konzept äußern zu müssen, dessen Ziel die Abschaffung der Fachbereichsleiter ist.

Die Ratsmitglieder sind vielmehr regelmäßige Besucher der Sitzungen haben sich daran gewöhnt, dass sich der Bürgermeister weitgehend auf das Moderieren beschränkt. Er ist als Vorsitzender stimm- und rederechtigt, hält seine Wortbeiträge aber kurz, reagiert auf Kritik knapp oder gar nicht, lässt inhaltliche Fragen vom Mitarbeiter beantwortet. Die Parteien beklagen daher, Toplaks Standpunkte seien unklar. Er sei, wie man auf der sagt, nicht zu lesen und nicht zu einer transparenten, strukturierten Kommunikation fähig.

In der Sitzung am Dienstag wurde Bürgermeister Toplak im entscheidenden Moment selbst nicht, wo er steht. Weil er „nicht konzentriert genug“ war, wie er später erklärte, stimmte er für den Bruch des Kooperationsvertrages mit der Deutschen Marktgilde, der Schadensersatzforderungen nach sich ziehen könnte. Bei allem Verständnis für Toplaks Gemütslage nach der vorausgesetzten, dramatischen Debatte: Dass ein Bürgermeister für einen Rechtsverstoß stimmt, ist ein erster Vorfall. Denn es ist seine Amtspflicht, rechtskräftige Ratsbeschlüsse zu verhindern. Dramatisch – das ist sicherlich das treffende Wort für die Debatte. Sie hatte Züge

einer Gerichtsverhandlung, Martina Bahardt, Stefan Gräwe und FDP-Ratsrat Joachim Bürgen trugen inmitten der Sitzung detaillierte, ausgewogene Analysen und Gedankengänge vor. Sie hatten im Rathaus Aktenordner genommen, Marktschlichter befragt und wickelten nun wie Staatsanwälte, die mit einem möglichst rückenfreien Beweismittel einen „Beschuldigten“ überführt wollten. Der Beschuldigte war der Bürgermeister, der angeblich zusammen mit der Rechtsanwältin den Rat falsch über die Meinung der Händler informiert haben soll, damit diese für die Privatisierung stimmte.

Selbst ganz alte Hasen der Hertener Politik können sich

nicht erinnern, das jemals ein Stadtrat einstimmig einen solchen Vorwurf gegen einen Bürgermeister formuliert und damit die Rücknahme einer Ratsentscheidung begründet hat.

Gemessen an der aktuellen Argumentation, die speziell Martina Bahardt vorbrachte, war die Art, wie die SPD seinerzeit Rudi Assauer als Ehrenbürger und Fred Toplak als Vorsitzenden des Stadtwerkes-Ausschusses verurteilt hat, plämiere Familienkassaposition.

Nicht nur das Vertrauen zwischen Rat und Bürger mussen liegt jetzt in Gefahr. Es wachen erneut Gräwe und Bahardt, die auch bei den Themen Jobcenter und

Sportstättenkonzept nachzudenken, wie Mitarbeiter der Verwaltung über Monate oder gar Jahre hinweg gültige Ratsbeschlüsse nicht umgesetzt oder gegen sie verstößten haben. Fragwürdiges Beispiel ist die 2015 bewilligte Studie für ein Landschaftsschutzgebiet im Backumer Tal. Sie widersprach einem Ratsbeschluss von 2014 und wurde bis vor wenigen Tagen vor der Politik geheim gehalten.

Die Grundstimmung, die bei vielen Ratsmitgliedern vorherrscht, fasste Peter Heintzsch (SPD) am Dienstag so zusammen: „Man kann sich auf kein Wort dieser Verwaltung mehr verlassen.“

Das Vertrauen der Bürger in die Entscheidungsgremien dürfte erschüttert sein, die Aufmerksamkeit vernehmend. Die Politikverdrossenheit wird zunehmen, während Investoren wertschöpfen einen Segen machen um dieses Häufchen. Jedenfalls müssen der Bürgermeister und seine Führungskräfte jetzt an Vertragspartnern, Firmen, Planungsbüros, Behörden und Gutachtern herantreten und eingestehen, dass der Rat die Ergebnisse von sechs jahrelanger Arbeit über Bord geworfen hat.

CDU-Mitglieder sprechen von einer „Stromsäge der Demokratie“, weil der Rat Marschall habe, vor das Sagen hat. Für einige Toplak-Anhänger hingegen sind die Ratsleute „Königsräder“, die den Wahlverloren 2015 nicht verwunden haben und daher „Intriganten“ sprechen. Somit tut sich nicht nur eine tiefe Kluft zwischen Rat und Verwaltung auf, auch die Bürgerschaft ist gespalten. Fred Toplak hat eine Menge Fans, die ihn ermutigen, nicht zurückzutreten.

Die „Meuterei auf der Bonny“ endet damit, dass Captain Bligh vor ein Gericht gestellt – und freigesprochen wurde. In Hertener werden die Bürger über die Parteien und den Bürgermeister zu urteilen haben – bei der Wahl 2020.



Polizei: 110
Feuerwehr, Notarzt und
Rettungsdienste: 112
Telefon Seelsorge:
0800 / 1 11 01 11

SE ERREICHEN UNS

Redaktion: 1000, 34 12
Sprekredakt.: 1000, 34 18
Telefax: 1000, 34 95
Abonnement- /
Leserservice: 1000, 37 30
Anzeigen: 02365/107-1070
Anzeigen Internat.:
www.medienhaus-bau-
er.de/anzeigen
Geschäftsstelle: 1000-0
Postadresse:
Hertener Allgemeine
Hermannstraße 24
45699 Hertel
Verlagshaus Marl:
02365/107-0
E-Mail: haredakt@medi-
enhaus-bauer.de
Internet:
www.hertener-allgemeine.de

Die Kosten trägt der Bürger

INNENSTADT. Marktgilde ade? So einfach, wie sich der Rat der Stadt die Trennung vorstellt, funktioniert sie nicht.

Von Carolo Wagner

Die nötigen Wä-
lung muss die
Stadtverwaltung
den Kommuni-
vertrag mit dem Un-
ternehmer
Deutsch- Markt-
gilde kündigen, das am 4. Juli 2018
den Zuschlag für die Organi-
sation des Hertener Wochen-
marktes erhalten hatte. So
hat es der Rat am Dienstag,
18. September, einstimmig
beschlossen – wohl wissend,
dass dieser Antrag mit Re-
ten verbunden sein dürfte.
Denn: Das bis zum 31. De-
zember 2020 bestehende Ver-
tragsgesetz sollte seine Aus-
stufung erfahren. Es ist unkünd-
bar und endet automatisch
nach der vereinbarten Lauf-
zeit von zwei Jahren und drei
Monaten.

Was bedeutet es, wenn
die Stadt Hertel aus
dem Konzessionsvertrag
aussteigt?

Da der bestehende Vertrag
nicht gekündigt werden
kann, müsste ein Antrag der
Stadt Hertel einen Verträge-
nachgekauft werden.

Welche Folgen hat
ein Vertragsbruch?
Es ergäbe sich rechtlich
keine Konsequenz. Das
Unternehmen „Deutsche
Markt- Gilde“ hat Anspruch
auf die Erstattung der er-
stehenden Kosten und der
kompletten Gewinne, die bis
zum Ablauf des Vertrags
am 31.12.2020 voraussicht-
lich gemacht hätte.

Warum hat Bürger-
meister Fred Toplak
bei der Abstimmung für
den Vertragsbruch ge-
stimmt, obwohl dadurch
ein finanzieller Schaden für
die Stadt zu erwarten ist?



Ein Obststand auf dem Hertener Wochenmarkt. Auch heute bieten die Händler ihre Waren feil.

—FOTO: M. PLATE

und obwohl er die Markt-
Privatisierung selber stets
befürwortet hat?

Der Bürgermeister hat
als Vorsitzender des Rates
tatsächlich die Aufgabe, bei
allen Entscheidungen die
Kommunalfinanzierung im
Blick zu haben. Schäden von
der Stadt fern zu halten und
Gesetzesverstöße zu verhin-
dern. In die Hände der Käuf-
ergesellschaften müssen Be-
standteile mitgehen.
Das am Dienstag ins-
tandem ist dem Antrag ein-
stimmig, was über das Ver-
ständnis und seine Gemein-
schaftsverpflichtung nach den
massiven Angriffen

aus der Politik geschadet, für
sich selbst insofern von
stimmig. Er sei „nicht
konkretisiert genug“ gewesen,
bei der Abstimmung den Arm
zu heben, um sich „Nein“ zu
signalisieren.

Wie geht die Stadtver-
waltung nun mit dem
Ratbeschluss um?
Zunächst ist festzu-
stellen, dass sich der Kreis
Beschickung als Kommunalfinanz-
verantwortlich nicht aus eigen-
em Antrieb der Sache an-
nehmen wird. Die Klärung
des Sachverhalts obliegt der
Stadtverwaltung, teil-
weise unter Zuhilfenahme
des Kreisamtes.

Das sie dem Willen des Rates
entsprechen muss, hat die
städtische Geschäftsführung
Antrag Sicker dem Ver-
tragspartner der „Deu-
tschen Markt- Gilde“, Prof. Dr.
Gerhard Johnson, den Rat
beschlossen zu lassen.
Und wie hat angeht, die
Johnson sich eine eventuelle
rechtliche Aufklärung des
Vertrages vorbehalten könne.
Denn eine Kündigung ist, wie
erwähnt, nicht möglich.
Wie sieht die Firma
„Deutsche Markt- Gilde“
zu der Entscheidung?
Das gemeinschaftliche
Unternehmen hat den

Beschluss des Hertener Rates
zur Kenntnis genommen,
Prüfung und Bewertung lau-
fen bereits. Das teile die Gül-
de auf Anfrage unserer Zei-
tung mit. Welche Konse-
quenzen gezogen werden,
wird die Gülde Anfang Kom-
mender Woche der Stadtver-
waltung bekannt geben.
Mit welchen finanziellen
Forderungen ist zu
rechnen?
Das ist momentan nicht
klar. Die Stadt
rechnet mit Schadenersatz-
forderungen, da die Gülde
nicht viel Arbeitskraft in die
Planung und bei Terminen

vor Ort gesteckt hat. Zudem
erhalten dem Unternehmen
Gewinne zu hoch unter-
schätzter Höhe. Auch wurde
möglicherweise bereits Person-
al (Marktmittel) für den
Hertener Markt (eingesetzt),
im Übrigen sollte auch die
Zahl der Händler, die Gebüh-
ren zahlen, gestiegen wer-
den. Man wird sehen, wie
sich diese Faktoren in einer
möglichst Abstandsunter-
nehmensrechnung
Gibt geschätzt. Hierfür die
Händler der Deutschen Markt-
gilde in Hertel
in mittleren fünfstelligen
Bereich liegen. Denn: Als die
Stadtverwaltung dem Rat im
Jahre 2015 eine Kostenvor-
anschlag für den Wochenmarkt
vorlegte, rechnete sie mit
jährlichen Gebührenerlösen
von 76.000 Euro. Davon
abzuziehen waren 37.000 Euro
für die Erhaltung des
Marktplatzes durch den zoni-
erten Betrieb. Diese Leis-
tung sollten die Händler
kündigen selbst erbringen.

Wie kommt es die Er-
satzgespräche der
Markt- Gilde auf?

In der Ratung war
speziell die Stadt-
verwaltung durch die
Stadt dafür gestellt
oder ob eine Versicherung da-
für aufkommt. Als diese Vor-
anschlag wurde der Bürgermeister
als angereicherter Versucher
des Schadens aus Spiel ge-
bracht. In der Stadt
Vorwort der Stadtverwaltung
den Ratbeschluss vom 21. Fe-
bruar 2018 zur Kooperation
mit der Gülde durch eine be-
stimmte Trennung (das die
Markt- Gilde mit der Privat-
isierung einverstanden sei) im
Vorwort der Stadtverwaltung
Tatsächlich muss aber die
Stadtverwaltung für die mög-
lichen Risiken gerade stehen,
wie Beschickung der Stadt
nicht viel Arbeitskraft in die
Planung und bei Terminen



Polizei: 110
Feuerwehr, Notarzt und
Rettungsdienste: 112
Telefon Seelsorge:
0800 / 1 11 01 11

SE ERREICHEN UNS

Redaktion: 1000, 34 12
Sprekredakt.: 1000, 34 18
Telefax: 1000, 34 90
Abonnement- /
Leserservice: 1000, 37 30
Anzeigen: 02365/107-1070
Anzeigen Internat.:
www.medienhaus-bau-
er.de/anzeigen
Geschäftsstelle: 1000-0
Postadresse:
Hertener Allgemeine
Hermannstraße 24
45699 Hertel
Verlagshaus Marl:
02365/107-0
E-Mail: haredakt@medi-
enhaus-bauer.de
Internet:
www.hertener-allgemeine.de

Rat stoppt Markt-Privatisierung

HERTEN. Bürgermeister Toplak erlebt einen schwarzen Tag. Die rechtlichen und finanziellen Folgen sind ungeklärt.

Von Carolo Wagner

Verschiedener hätten
die Werbepunkte der
Politik kann sein
kündigen. Als gestern
Abend in der Sitzung
des Rates der Stadt
zur Sprache kam, zeigten sich
sämtliche Parteien einmütig
über den Ablauf des Verträge-
verfahrens an das Unter-
nehmen „Deutsche Markt-
gilde“. Bürgermeister Fred
Toplak musste sich schwe-
re Vorwürfe anhören. Für
Fachrechtler ist die Sache
schwieriger. Anreger Sicker
hätten den Rat bewusst
getäuscht, um dessen Zus-
timmung zur Privatisierung
und zur Vergabe an die Gülde
zu erreichen. Im guten Glauben,
die Händler seien mit dem
Verfahren einverstanden,
hätte die Politik die Pläne der
Verwaltung abgelehnt.

Es war die Rede von zer-
störten Vertrauen, irreparablen
Schäden im Verhältnis zwi-
schen Verwaltung und Bür-
ger. Martina Buchholz (Linke)
sah „den Faden der lokalen
Demokratie“.
Das Thema „Privatisierung
des Wochenmarktes“ habe in
den vergangenen Monaten
hohe Wellen geschlagen. Un-
verständnis herrsche mehr-
fach, dass viele Händler sich
mit Händen und Füßen dage-
gen sträuben. Sie bestän-
den höhere Staatsgebühren
und letzten Veränderungen
wie jene ab, dass sie ihre Pla-
ne selbst reinigen sollen.

Angesichts dieser Abföh-
rungen werden einige Basisre-
nierung. Sie nahmen Kontakt
zu den Händlern auf, um die
Wahrheit zu rekonstruieren.
Denn: Die Fachrechtler
sollten hier vor der Abstim-
mung versucht, dass man
eine solche Entscheidung
nicht ohne Zustimmung der
Markt- Händler, beschickung
würde“, erinnert sich Ro-

hand. Und „Der Bürger-
meister widerspricht dieser
Behauptung wieder im Sach-
verhalt noch in der Rat-
sitzung.“ Argwöhnisch gewor-
den, nahmen sie und Jo-
achim Jürgens (DIEP) Akten-
sicht und schickten den
Verwaltung ging von Anfang
an davon aus, mit dem Wi-
denstand der Marktbesucher
rechten zu müssen“, so Ro-
hand. Daher sei bewusst ein
Abstimmungsprozess mit den
Händlern vorgenommen worden.
Das Gern der Markt- Gilde
habe in einer Stellungnahme
Plan und Verwaltung aufgek-
lärt, den Vertragsschluss mit
dem Rat zu bestätigen. Dies
ist nicht mehr möglich sei,
ohne Vertragsbruch zu we-
den, erläutere Geschäftsfüh-
rer Sicker dem Rat bewusst
getäuscht, um dessen Zus-
timmung zur Privatisierung
und zur Vergabe an die Gülde
zu erreichen. Im guten Glauben,
die Händler seien mit dem
Verfahren einverstanden,
hätte die Politik die Pläne der
Verwaltung abgelehnt.

Wie steht der Rat
geschlossenen. Dabei, den Ver-
trag mit der Markt- Gilde
solange Wirkung auszu-
üben. Die Frage, ob und wie
ein solcher Vertragsbruch sa-
chliche Verantwortung gehen
kann, angesichts der
und der Vertrag doch nur
eine überschuldete. Pre-
zedenzen, wissen seine Ar-
gumentationsversuche.
Anschließend legte der Rat
nach das Spontankonzept
von Toplak (siehe Artikel
oben) und Bockwerke eine
Verlagerung des Jobscom-
pensations von der Virtuozale
im geplanten neuen Hertel-
Forum. Ein schwarzer Tag für
Bürgermeister Toplak.

Ablauf der Ausschreibung für den Hertener Wochenmarkt

- 21.02.2018** Stadtverwaltung möchte Organisation des Marktes zum 1.07.2018 privatisieren, der Hertener Rat stimmt zu.
- 18.05.2018** Veröffentlichung der Ausschreibung auf Vergabepattformen
→ Bewerber können sich dort das Leistungsverzeichnis herunterladen und Angebote abgeben.
- 07.06.2018** Stadtverwaltung eröffnet die Angebote
→ „Deutsche Markt- Gilde“ eingegangen.
- 04.07.2018** Erteilung des Zuschlags an die „Deutsche Markt- Gilde“ (Mehrfachgebot Fall)
→ Händlern kommt ohne weitere Dokumente/Gestehungen
→ Stadt und Markt- Gilde vereinbaren nachträglich, dass die Privatisierung erst zum 1.10.2018 beginnt.
- 01.10.2018** Deutsche Markt- Gilde übernimmt Organisation und Verwaltung des Hertener Wochenmarktes, zunächst befristet bis zum 31.12.2020.
→ Der bestehende Vertrag gewöhnlich durch Zeitablauf enden, gibt es keine Klausel für einen vorzeitigen Ausstieg.

AUF EIN WORT

Harte Vorwürfe



Von Carolo Wagner

Schwer zu sagen, was gestern
Abend in Fred Toplak vorlag,
während er eine Niederlage
nach der anderen einstaken
musste. Es war je nicht nur
Kritik an der Sache, die von
den Wochenmarkt-Privatisie-
rung über den letzten
Standort bis hin zum Sport-
platzkonzept zur Ablehnung
führte. Was ihm da von allen
Seiten entgegenkam, war
gelebte Kritik an seiner Per-
son, an seiner offensichtlichen
Unwissenheit in Verwaltungs-
dingen, an seiner egozentri-
schen Art zu agieren, ja an
seinem Charakter. Der Mann,
der als Repräsentant und Vor-
bild in der Spitze der Stadt
Herten stehen soll, wird be-
zichtigt, die Unwahrheit ge-
sagt zu haben. Herr, der statt
von Teamarbeit angesprochen
und diese eingefordert hat,
wird vorgeworfen, den Rat be-
wusst getäuscht zu haben, um
seinen Kopf durchzusetzen.
Das hat in in dieser Stadt
noch nicht gegeben, das ein
Bürgermeister das Vertrauen
sämtlicher Ratsmitglieder so
nachlässig erschüttert – nach
nur zweijähriger Amtszeit.
Und bei all dem hat man das
Gefühl, dass er nicht versteht,
warum man ihn nicht einfach
machen lässt – genau seinen
Wahlskampfbegriff: „Lass das
mit dem Papa machen“. Hier
sollte klar sein, dass der Rat
kein Kindergarten ist.

NACHGEFRAGT

Markthändler erleichtert
CWO Lutz Apollas branden
auf der Zusammenkunft des
Barnsall auf, als die Rück-
nahme der Markt- Privatisie-
rung beschlossen wird. Dort
sahen einige der betroffenen
Besucher. Im Markt- Händler
Folger Gathung habe Fred
Toplak kürzlich die Stellung-
nahme überreicht, in der er
und seine Kollegen sich ge-
gen die Privatisierung we-
den, jetzt sagt er „Wir sind
sehr zufrieden mit dem Er-
gebnis der Abstimmung. Der
Rat hat klargestellt, was in

dieser Stadt das Sagen hat.“
Er betonte: „Wir sind von
niemandem nach unserer
Meinung gefragt worden.“
Bevor die Privatisierung be-
schlossen wurde, habe der
Bürgermeister mit vorher
mit uns gesprochen.“ Bü-
chermeister Wilhelm Lenn-
mann im Aufdem: „Heute
wurde der Bürgermeister
als Lügner entlarvt.“
Gathung: „Ich verstehe
nicht, warum der Markt so
schlecht gelaufen wird. Ver-
gleichbar mit anderen St-
ädten sehen wir Freitag mit
rund 40 Händlern nur da.“

Stellungnahme der FDP im Rat zum Beschluss „Neuausrichtung des Hertener Wochenmarktes“ Vorlagen-Nr. 18/034

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren

Ich halte den Beschluss mit o.a. Bezug für nicht rechtfähig, da er aufgrund der unstrittigen Vorgeschichte mit anschließender Beschlussfassung auf unwahren Angaben zustande gekommen ist.

Zu dem Vorgang im Einzelnen:

- Den Entschluss der Neuausrichtung des Hertener Wochenmarktes entstand nachweislich durch die Fachbereichsleitung FB3 am **12.2017**. Begründet wurde dieses durch **fehlende personelle Ressourcen und fehlendes Fachwissen**. Hierzu wurde gleichzeitig die Marktgilde als einziger Anbieter genannt. Um sich nicht angreifbar zu machen, sollte das Werk ausgeschrieben werden. Hier darf jedoch davon ausgegangen werden, dass sich Bürgermeister und die Fachbereichsleitung schon zum damaligen Zeitpunkt auf die Marktgilde festgelegt hatten. Auch war dem Verwaltungsvorstand am 18.12.17 bekannt, dass sich die Markthändler bezüglich dieser Neuorganisation überwiegend ablehnend geäußert hatten.
- Am **1. 18 und 02.02. 18** hatte der BM eine Vorveranstaltung initiiert. Die Verwaltung hat im Vorfeld die Marktbesicker zu dieser Informationsveranstaltung eingeladen, um sie den oben genannten Gemeinschaftsprozess mit einzubinden. Neben den Marktbesickern wurden auch Vertreter der gewollten Marktgilde eingeladen. **Vertreter aus der Politik** wurden nach diesseitigem Wissen **nicht eingeladen**.
- In der folgenden Ausschusssitzung (AFoF) wurde das Vorhaben durch die Fachbereichsleitung und dem Ausschussvorsitzenden vorgetragen. Anwesende Ratsmitglieder der CDU und die Linke äußerten sich kritisch und merkten an, wie mir glaubhaft berichtet wurde, ob das Vorhaben mit den Marktbesickern einvernehmlich abgesprochen wurde. Dieses wurde durch den anwesenden Bürgermeister und der Fachbereichsleitung explizit bestätigt. Es wurde kolportiert, dass die Mehrheit der Marktbesicker keinerlei Einwände gegen das Vorhaben hatten. Im Vertrauen auf diese Versicherung stimmte der Ausschuss, bei einer Gegenstimme der Ratsfrau Ruhardt, für den beschriebenen Antrag.
- In der darauffolgenden Ratssitzung wurde der Verwaltungsvorschlag mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen, im **Vertrauen auf die Aussagen des Bürgermeisters und Fachbereichsleiterin**, beschlossen. Aufgrund der heftigen medialen Reaktion der Markthändler und Teilen der Politik ist nun erkennbar, dass der Beschluss im Vertrauen auf die unwahren Behauptungen, Aussagen des BM und der Fachbereichsleitung, zustande gekommen ist.

Der Rat wurde nicht, wie in der GO-NRW gefordert, rechtzeitig im Verfahren eingebunden. Dazu die Gemeindeordnung § 55 GO-NRW – Zitat „Der Rat ist durch den Bürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung (in Verbindung der §§ 40; 41 GO-NRW) voll umfänglich zu unterrichten.“

Da die frühzeitige Unterrichtung des Rates die Grundlage für eine ordnungsgemäße Abwicklung der dem Rat obliegenden Aufgaben bildet, verbietet sich auf Seiten des Bürgermeisters

eine zu enge Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „alle wichtigen Angelegenheiten“. Mangels gesetzlicher Definition der „wichtigen Angelegenheiten“, bedarf es im jeweiligen Einzelfall einer konkreten Bewertung durch den Bürgermeister, die nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen ist. Im Zweifel sollte er sich für die Unterrichtung entscheiden – Allgemein lassen sich hier alle Angelegenheiten zuordnen, in denen grundsätzliche Entscheidungen zu treffen sind. aber auch solche, die mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sind. **Hier ist der Bürgermeister seinen Pflichten in keiner Weise nachgekommen.**

Das trifft ebenso auf die Unterrichtungspflicht des zuständigen Ausschussvorsitzenden zu. Ausschussvorsitzende haben ihren Ausschuss – entsprechend der Pflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Rat – im jeweiligen Zuständigkeitsbereich umfänglich wahrheitsgemäß zu unterrichten.

Ich gehe davon aus, dass dem Bürgermeister, der Fachbereichsleitung und dem Ausschussvorsitzenden das Meinungsbild der Marktbesucher vollumfänglich bekannt war und die Ausschuss- und spätere Ratsentscheidung **aufgrund sogenannter „alternativen Fakten“ erfolgt ist.**

Ich erwarte, dass die Verantwortlichen den ergangenen Beschluss zurücknehmen. Evtl. Kosten sind den Verantwortlichen anzurechnen. Ebenso ist unter Berücksichtigung der nun bekannten Tatsachen über die weiteren Tätigkeiten der Fachbereichsleitung und des Ausschussvorsitzenden nachzudenken.

Ungeachtet der geschilderten Sachlage ist die Unzufriedenheit der Marktbesucher und der Marktgilde im Internet aktenkundig. Diese Recherchen hätten durch die Fachbereichsleitung im Vorfeld erfolgen müssen

Mehr zur Causa Wochenmarkt unter <http://rat.jidv.de/>

Joachim Jürgens, FDP

- **Netzrecherche zum Wochenmarkt und Marktgilde**
- [Bonn General-Anzeiger-Bonn Ärger um Bonner Wochenmarkt](#)
- [Bonn Express Knebelverträge Meuterei auf dem Markt](#)
- [WAZ 08.03.2018 Stadt hat alle vier Märkte in Velbert neu vergeben](#)
- [Frankfurter Neue Presse, Bad Soden: Standbetreiber kritisieren Marktgilde Gerüchte um Verlegung: Keine Gefahr für den Wochenmarkt](#)
- [Volksstimme-Sachsen Händler erbost über...Große Klappe – große Gebühr](#)
- [Diezenbach: Beschicker sind verärgert . Wurst, Wein, Wut](#)
- [Stirbt der Wochenmarkt in Neubrandenburg einen langsamen Tod?](#)
- [Senftenberg: Wochenmärkte sind groß in Mode](#)
- [Velbert: Stadt hat alle vier Märkte in Velbert neu vergeben](#)
- [Bad Soden: Standbetreiber kritisieren Marktgilde](#)

Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE

zu TOP 5 „Hertener Wochenmarkt“ in der Ratssitzung am 18. September 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir halten den in der Ausschusssitzung für Ordnungswesen und Feuerschutz getroffenen Beschluss zur Vorlagen-Nr. 18/034 vom 13. Februar 2018 sowie die endgültige Beschlussfassung zu dieser Vorlage in der Ratssitzung vom 21. Februar 2018 für nicht rechtskräftig.

Begründung:

1. Ablauf des Ausschusses für Ordnungswesen und Feuerschutz vom 13. Februar 2018

Wie bereits aus der Niederschrift der o. g. Ausschusssitzung hervorgeht, erfolgte die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt „nach intensiven und eingehenden Beratungen“. Leider wurde nicht protokolliert, worum es inhaltlich in dieser intensiven Beratung ging. Da ich selbst als Mitglied des Ausschusses für Ordnungswesen und Feuerschutz an der Sitzung sowie der eingehenden Beratung teilgenommen habe, ist mir heute noch die außerordentliche Intensität der Diskussion zwischen Bürgermeister Toplak der Fachbereichsleiterin Frau Sickers und den Ausschussmitgliedern in Erinnerung.

Ungewöhnlich an dieser Sitzung war schon die Tatsache, dass der Bürgermeister selbst an dieser Sitzung teilgenommen hatte – dies allerdings nicht in der Runde der Ausschussmitglieder, sondern im Zuschauerbereich. Von dort meldete er sich zu Wort, das ihm durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Kumpf mehrfach erteilt wurde. Insbesondere bei meinen kritischen Wortbeiträgen zur Privatisierung der Wochenmarktrechte, in denen es um eine weitere Steleneinsparung, einen Ausbau von Tageshändlern und weniger um die Bedürfnisse der Vertragshändler geht und bei der meine Fraktion die Veränderung des Wochenmarktes von einer Nahversorgungsmöglichkeit zu einer Eventveranstaltung sehen, wurde ich mehrfach aus dem Zuschauerraum durch Bürgermeister Toplak unterbrochen, so dass ich mich genötigt sah, den Ausschussvorsitzenden darauf hinzuweisen, dafür zu sorgen, dass ich durch Rufe aus dem Publikum nicht mehr unterbrochen werde.

Die Fachbereichsleiterin wies mich daraufhin zurecht, dass der Bürgermeister das grundsätzliche Recht habe, an allen Sitzungen teilzunehmen und immer das Wort ergreifen könne.

Mit dieser Feststellung der Fachbereichsleiterin sowie dem Protokoll zur Sitzung ist damit deutlich herausgestellt, dass sowohl der Bürgermeister als auch die Fachbereichsleiterin an der Sitzung formal für die Verwaltung teilgenommen und somit die nachfolgenden Äußerungen gemeinsam zu verantworten haben.

Nach meinem Wortbeitrag äußerte sich mein Ratskollege der CDU Herr Lenz zur Beschlussvorlage. Er führte aus, dass auch seine Fraktion Bedenken habe, die Rechte zur Durchführung des Wochenmarktes an einen privaten Betreiber zu vergeben. Seine Fraktion würde diese Entscheidung nur mittragen, wenn sie im Sinne der Markthändler sei und diese ihr Einverständnis dazu gegeben hätten. Ihm sei es wichtig, dass seine Fraktion nicht gegen den ausdrücklichen Wunsch der Markthändler die Entscheidung trifft. Die Fachbereichsleiterin versicherte ihm daraufhin, dass man eine solche Entscheidung doch niemals ohne Zustimmung der

Markthändler herbeiführen würde. Der an der Sitzung teilnehmende Bürgermeister widersprach dieser Behauptung weder im Fachausschuss noch in der Ratssitzung.

Wenn es nun in der heutigen Beschlussvorlage 18/171 heißt:

„Es ist nicht behauptet worden, die Markthändler hätten einen solchen Vorschlag „gewollt“ oder alle Markthändler seien mit diesem Vorschlag einverstanden“ entspricht das nicht der tatsächlichen Diskussion im Ausschuss für Ordnungswesen und Feuerschutz.

2. Ergebnis der Akteneinsichtnahme vom 30. August 2018

Aufgrund des Protestes der Markthändler in den folgenden Wochen nahmen FDP und LINKE ihr Recht auf Akteneinsicht wahr, um zu prüfen, inwieweit die Verwaltung die Privatisierung der Marktrechte vorbereitet und mit den betroffenen Markthändlern kommuniziert hat.

Die vorgelegten Unterlagen belegen eindeutig, dass die Verwaltung von Anfang an davon ausging, mit dem Widerstand der Marktbesicker rechnen zu müssen. Das Verfahren zur Privatisierung der Marktrechte sollte deshalb – nach Ansicht der Verwaltung – aus diesem Grunde nicht in Form eines Abstimmungsprozesses mit den Marktbesickern durchgeführt werden, sondern gleich zielgerichtet und ohne ein vorheriges Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen.

Damit wird klar, dass sowohl die politischen Gremien als auch insbesondere die betroffenen Markthändler von der Entscheidung des Verwaltungsvorstands, die Marktrechte zu privatisieren, überrascht und unter Druck gesetzt wurden.

Mit der Entscheidung der Verwaltung, keinen Beteiligungsprozess und keine grundsätzliche Berichterstattung zu den Problemen auf dem Wochenmarkt zur gemeinsamen Lösungsfindung vorzuschalten, wird klar, dass es einzig und allein darum ging, kritische Diskussionen möglichst zu verhindern und die Vergabe schnellstmöglich abzuwickeln. Weder die derzeitigen Vertragshändler noch die Kundinnen und Kunden noch die Kommunalpolitik wurden in diesen Entscheidungsprozess einbezogen.

Dies erklärt dann auch die verständliche und heftige Gegenwehr vieler Marktbesicker, die sich diese Entscheidung „von oben“ nicht gefallen lassen wollen.

Aus diesem Grunde kommen wir zu dem Ergebnis, dass

die Mitglieder des betreffenden Fachausschusses in der Vorberatung als auch die Ratsmitglieder bei der abschließenden Beschlussfassung durch die nicht zutreffenden Ausführungen der Verwaltung in eine bestimmte Richtung der Beschlussfassung gedrängt

den Marktbesickern keine ausreichende Möglichkeit eingeräumt wurde, in einem gemeinsamen Prozess mit den verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und – politikern Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung und Stärkung des Wochenmarktes zu

Der Beschluss geht nachweislich auf eine vorschnelle Entscheidung der Verwaltung zurück, die bereits im Dezember 2017 zugunsten der Marktgilde getroffen wurde.

Herten, 18. September 2018 Für die Fraktion DIE LINKE: Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende



Kontrollfunktion Der Bürgermeister darf nicht einfach irgendetwas in der Stadt aus eigenem Interesse umsetzen. Entscheidungen bedürfen eines politischen Beschlusses des Rates. Es gibt aber auch Ausnahmen: Ist eine Sache zum Beispiel sehr dringend zu entscheiden, und weder der Stadtrat noch der zuständige Ausschuss kann dazu einberufen werden, darf der Bürgermeister eine so genannte Dringlichkeitsentscheidung treffen. Aber auch das darf er nicht alleine tun, sondern nur zusammen mit den Amtsinhabern. Dringlichkeitsentscheidungen müssen später vom Stadtrat absegnet werden.

[lesen Sie mehr hier unter:klick](#)

Ein Bürgermeister hat fünf Funktionen zu erfüllen

Dies gab großen Unmut aller Ratspolitiker in der Sitzung!

Ratsherr Jürgens (FDP) merkt hierzu sogar an, dass der BM angetreten war, neue Wege in Herten zu gehen. Dann führte Jürgens an, dass der Bürgermeister im Fernsehen, im Rahmen der Gründung der Top(lak)-Partei, sagte, die Politik würde gegen die Verwaltung arbeiten und diese nicht wertschätzen. Gleichzeitig liefert die Verwaltung aber wiederholt und nachweislich falsche Daten/Informationen und die ehrenamtliche Politik muss durch eigene Recherchen die richtigen Daten ermitteln. Hier betont Jürgens, dass nicht die städtischen Mitarbeiter in der Verantwortung stehen, sondern der Bürgermeister als Verwaltungschef. So sagt Jürgens, dass wenn der Bürgermeister dies als Verwaltungschef nicht leisten kann, oder nicht will, er dann zurücktreten sollte!

Eine heftige Forderung, welche die Anwesenden nachdenklich stimmte.

[Zum Wochenmark die TOP-Partei in Facebook](#)

[Öffentliche Vorlage zum Tagesordnungspunkt der Ratsitzung – 18.09.2018 19:00 Uhr](#)

Unberechtigter Vorwurf!

Zitat Friedr. Ebert Stiftung: *So ist der Rat durch den Bürgermeister, der ja nicht nur Vorsitzender des Rates, sondern auch Chef der Verwaltung ist, über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zu unterrichten. **Der Bürgermeister trägt gegenüber dem Rat die***

volle und alleinige Verantwortung für das Funktionieren der Verwaltung. Er ist deshalb auch persönlich verpflichtet, die Unterrichtung des Rates sicherzustellen.

Ausriss H.A. es bleibt „Nein“ zur Gilde

Es bleibt beim „Nein“ zur Gilde

Ausriss H.A.: v. 1. Sept. 18

HERTEN. Fred Toplak will auf dem Wochenmarkt Überzeugungsarbeit leisten - und erhält eine Unterschriftenliste.

Von Carola Wagner

Wir bitten alle Entscheidungsträger, die Vergabe des Wochenmarktes an die Firma Markt Gilde zu verhindern! - Diesen Kernsatz hat Textilhändler Holger Gatberg fett gedruckt in jenem Schreiben, das er Fred Toplak Freitagmorgen überreicht. Der Bürgermeister geht seit 7.30 Uhr von Stand zu Stand, steht Besuchern und Kunden Rede und Antwort zu einem Thema, das seit Wochen für hitzige Diskussionen in Politik, Bürger- und Kaufmannschaft sorgt: der Privatisierung des Hertener Wochenmarktes.

Ihre ablehnende Haltung haben viele schon im Vorfeld durch Schilder an ihren Ständen deutlich gemacht. Vom Blumenverkäufer bis zum Eiermann haben nun auch noch fast alle unterschrieben, dass die Organisation des Marktes in städtischer Hand bleiben soll. „95 Prozent sind gegen die Privatisierung“, sagt Gatberg. Man habe Angst vor steigenden Gebühren, wenn erst die mit der Markt Gilde vereinbarte Preisbindung abgelaufen ist. Zudem wolle man den städtischen Marktmeister Georg Franzen behalten. Und dass die Händler künftig ihre Plätze selbst reinigen sollen, schmecke ihnen gar nicht.

Zu Gesprächen über Verbesserungen „ihres“ Wochenmarktes seien die Händler gerne bereit. „Eine Firma Markt Gilde, die wohl eher weniger zum Wohle der Stadt agieren wird, brauchen wir dazu nicht“, steht im Brief.

Fred Toplak erfährt an diesem Morgen nicht nur Ablehnung. „Gut, dass Sie Präsenz zeigen“, sagen Saleh Marcho und Amin Amine. Seit 26 Jahren verkauft ihre Familie in Hertens Oliven und Brotaufstriche. Hier wie andernorts



Bürgermeister Fred Toplak im Gespräch mit Heinrich Kortmann (rechts). Der Geflügelhändler ist gegen die Privatisierung. Wie viele andere tut er seine ablehnende Meinung durch ein Schild am Stand kund. —FOTOS: CAROLA WAGNER

gingen die Geschäfte schlechter. „Wir werden den Betrieb wohl verkleinern.“

Geflügelhändler Heinrich Kortmann steht seit 40 Jahren hier. „Das Geschäft läuft nach wie vor gut“, sagt er. Die Gilde zu engagieren, hält er für unnötig. Fred Toplak erklärt, dass der Markt sehr wohl verbesserungswürdig sei und dass es dafür Fachverstand wie jenen der Markt Gilde brauche. Er verstehe die ganze Aufregung nicht. „Monatelang hat sich keiner beschwert. Jetzt bei der Umsetzung werden plötzlich Fehler gesucht.“ Toplak betont, dass er niemanden verschaukelt habe und vermutet: „Das ist mir alles so eine Art Intrige.“

Hannelore Winter verkauft seit 50 Jahren Textilien auf

dem Markt. „Ich habe es in Essen erlebt. Als es dort losging mit Marketing war Feterabend.“

Die Privatisierung gegen den Wunsch der Händler durchzusetzen, findet Kundin Sonja Stephan falsch. Auch Ingrid Nickel winkt ab: „Das wird für alles zu teuer und am Ende steigen die Preise. Der Markt ist okay wie er ist.“ Wilfried Wildner ist extra vorbeigekommen, um dem Bürgermeister vom Markt in Velbert zu erzählen: „Den organisiert die Gilde - und die Händler wollen sie weghaben.“ Toplak verweist auf den Vertrag und dass die Stadt auch künftig etwas zu sagen habe. „Wir wollen doch den Markt nicht töten, wir wollen ihn stärken!“



Wilfried Wildner (links) ist Freitagmorgen zum Markt gekommen, um mit Bürgermeister Fred Toplak zu diskutieren.

AUF EIN WORT

Gut gemeint



Von Carola Wagner

Es stimmt, dass der Markt nicht mehr so attraktiv und vielfältig ist, wie er mal war. Mehr Stände wären schön und eine Erweiterung des Sortiments gewiss ein Gewinn.

Den Händlern kann man glauben, dass sich kaum einer hier eine goldene Nase verdient und ihnen eine Gebührenerhöhung weh tute. Dass es nach Ablauf der Preisbindung dazu käme, ist sicher. Und den Standplatz selbst fegen zu müssen, ist lästig.

Fred Toplak ist als langjähriger Unternehmer vom Geist der freien Marktwirtschaft besesselt. Man darf ihm abnehmen, dass er in der Absicht handelt, mit der Privatisierung den einzig richtigen Schritt zu tun. Er will Fachleute ins Boot holen und sieht mehr Konkurrenz unter den Händlern als vitalisierenden Faktor.

Die Ratspolitiker springen bestimmt in guter Absicht für die Händler in die Bresche. Dass Toplaks Gegner die Gelegenheit auch nutzen, um ihm den Konflikt um die Ohren zu hauen, überrascht nicht. Toplak hat selbst durch seine unglückliche Kommunikation zu dem Streit beigetragen.

Und die Markt Gilde? Die will Geld verdienen - das ist doch klar. Ob sie ihr Geld auch wert ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Im Internet gibt's viele Artikel über Märkte, die von der Gilde organisiert werden. Und von Bonn bis Dietzenbach Händler, die klagen...

Fred Toplak: „Lasst mich einfach mal machen“.



FDP-Stellungnahme zur Causa Wochenmarkt!

Joachim Jürgens, für die FDP im Rat der Stadt

Der Bürgermeister darf nicht einfach irgendetwas in der Stadt aus eigenem Interesse umsetzen. Entscheidungen bedürfen eines politischen Beschlusses des Rates. Hierzu gehört in jedem Fall auch die rechtzeitige Einbindung der Politik in geplante Vorhaben. Das ist hier nicht geschehen.

Am 2.2. hatte der BM eine Vorveranstaltung initiiert. Die Verwaltung hat im Vorfeld die Marktbesicker zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, um sie den oben genannten Gemeinschaftsprozess mit einzubinden. Neben den Marktbesicker wurden auch Vertreter der gewollten Marktgilde eingeladen. Vertreter aus der Politik wurden nach meinem Wissen nicht eingeladen.

Hier kann man durchaus von einem Alleingang des BM sprechen. Und das hat bei ihm System. Kurz nach seiner Einführung ins Amt wollte er die Waldritter durch eigene Ideen austauschen. Es folgt ohne vorherige Absprache mit der Politik der Vorschlag, Assauer zum Ehrenbürger zu krönen. Und nun die Causa Marktgilde. Hier wird im Ausschuss für Ordnung durch die FB-Leitung kolportiert, dass die Veränderung Marktorganisation einvernehmlich mit den Marktbesicker abgesprochen wurde. Nur aufgrund dieser „alternativen Fakten“ stimmte anschließend der Rat dem Vorhaben zu. Wie sich nun herausstellt, unter falschen Voraussetzungen. Auch sein Schreiben an die Markthändler, dass dieses durch die Politik einstimmig erfolgte, musste er, wie Ratsfrau Ruhardt ihm nachwies, nachträglich berichtigen. Dass, als nun die Politik diese Täuschung erkannt hatte und dagegen opponierte, dieses vom BM „als Intrige“ bezeichnet wird, finde ich widerwärtig.

Bgm. Toplak ist die Nr. 6 in der Reihe der Bürgermeister, die ich mehr oder weniger seit etwa 40 Jahren politisch begleite. Aber solch Verhalten ist mir mit den 5 vorherigen nie vorgekommen.

Öffentliche Stellungnahme der Markthändler zum Thema

„Abgabe des Wochenmarktes an die Firma Marktgilde“

31.08.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir Markthändler sind dafür, dass der Hertener Wochenmarkt in städtischer Hand bleibt. Schließlich muss die Stadt kostendeckend die Standgebühren erheben, ganz im Gegensatz zur privat geführten Firma Marktgilde.

Hier liegt das Bestreben vor Gewinne zu erzielen, welche in erster Linie natürlich zu einem erheblichen Anteil über die Standgebühren erfolgen wird. Bei der letzten Marktbesprechung zu diesem Thema wurde dies auch durch die geplante Neuvermessung der Stände klar deutlich.

Dass unsere Branche „Wochenmarkt“ zu kämpfen hat, ist allgemein bekannt. Langfristig werden nur die Wochenmärkte dort überleben können, wo die Kosten in einem stabilen und vor allem erträglichen Rahmen gehalten werden können.

Dieses überleben sehen wir bei der Firma Marktgilde nicht gegeben, spätestens nach Ablauf der versprochenen Preisbindung von 2 Jahren.

Des Weiteren stehen wir der Firma Marktgilde kritisch gegenüber, da auch die Stelle des städtischen Marktmeisters erhalten bleiben sollte.

Es wurde seitens der Firma Marktgilde bei ihrer Konzeptvorstellung angekündigt, dass demnächst eigenes Personal die Marktaufsicht haben wird.

Eine weitere Unstimmigkeit stellt die Endreinigung des Marktplatzes dar. Im Moment wird diese Endreinigung von der Stadt Herten organisiert.

Die Fimen Marktgilde verlangt, dass jeder Händler seinen Platz besenrein zu verlassen hat.

Es stellt sich die Frage, was mit dem eingesparten Geld für die Endreinigung passiert.

Wenn im Vorfeld schon alle oben angeführten Bedingungen nicht eingehalten werden bzw. wenn versucht wird, diese auf anderen Wegen zu umgehen, was passiert dann in naher Zukunft?

Wir bitten alle Entscheidungsträger, die Vergabe des Wochenmarktes an die Firma Marktgilde zu verhindern !

Grundsätzlich sind wir für Verbesserungen, Kosteneinsparungen und Attraktivitätssteigerungen unseres Wochenmarktes.

Gerne sind wir, Ihre Markthändler, zu allen Aspekten jederzeit Gesprächsbereit.

Eine Firma Marktgilde, die wohl eher weniger zum Wohle der Stadt agieren wird, brauchen wir dazu nicht.

Vielen Dank ! Mit freundlichen Grüßen

i.A. für die derzeitigen Marktbesicker, Holger Gatberg

Und was schreibt der Bürgermeister in seinen Wochenbericht: KW35

Zitat *Natürlich verstehe ich, dass **einige Händler sich mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg nicht sofort anfreunden** können und ihrem Protest weiter Ausdruck verleihen. Der Standpunkt der Verwaltung ist, dass der Hertener Wochenmarkt zum Erhalt und zur Weiterentwicklung professionelle Betreuung und Unterstützung benötigt.*

Dann soll er mal sagen, wer von den vielen Händlern sich gegen die „einigen..“ gestellt hatten!



Foto J.Jürgens

Toplak ist morgen auf dem Markt

Aussriss H.A. v. 30.08.18

Toplak ist morgen auf dem Markt

Die Händler kritisieren auf Schildern die Privatisierungspläne.

Von Carola Wagner und Frank Bergmannshoff

Innenstadt. Bürgermeister Fred Toplak sucht in den nächsten Tagen erneut Kontakt zu den Händlern des Hertener Wochenmarktes und deren Kundschaft. Anlass ist der Wirbel um die Privatisierung des Marktes. Dieser soll künftig von der Firma „Deutsche MarktGilde“ organisiert und verwaltet werden (wir berichteten). Zahlreiche Händler sind dagegen. Sie zeigten ihre ablehnende Haltung am vergangenen Dienstag durch Aushänge an ihren Marktständen. Darauf heißt es: „Wir Markthändler lassen uns von Bürgermeister Toplak nicht verschaukeln!“

Auch vonseiten der Rats-

seien mit unserem Vorschlag einverstanden.“

Allerdings hatte Toplak am 24. August auf dem Wochenmarkt ein Schreiben an die Markthändler verteilt, in dem behauptet wurde, Verwaltung und Politik seien sich einig gewesen, neue Wege in Sachen Wochenmarkt beschreiben zu wollen. Für Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, eine Falschaussage: „Die Fraktion Die Linke hat von Anfang an und in jedem politischen Gremium Ihrem Vorschlag, die Marktrechte an einen privaten Akteur zu vergeben, deutlich widersprochen“, erklärt sie.

„In letzter Konsequenz den Beschluss aufheben“

Auch vonseiten der Ratsparteien wird die Kritik am Bürgermeister immer lauter. In einer für den 18. September anberaumten Sonderrats-sitzung wird sich Toplak zu dem schwerwiegenden Vorwurf äußern müssen, er habe die Politiker getäuscht.

Aber zunächst einmal ist Fred Toplak am morgigen Freitag, 31. August, von 7.30 bis 9.30 Uhr auf dem Wochenmarkt unterwegs. Eine zweite Runde dreht der Bürgermeister am Dienstag, 4. September, von 11 bis 12.30 Uhr. Händler und Kunden sind dann eingeladen, ihre Fragen zu stellen.

Die Privatisierung des Marktes in der Innenstadt hat in den letzten Wochen für kontroverse Diskussionen gesorgt. Zwar hatte der Stadtrat der von Bürgermeister Toplak vorgeschlagenen Neuorganisation mehrheitlich zugestimmt. Im Nachhinein fühlen sich viele Kommunalpolitiker jedoch schlecht informiert. Die Rede ist sogar von bewusster Täuschung. So habe der Bürgermeister den Eindruck erweckt, die Markthändler fänden die Privatisierung gut.

Fred Toplak bestreitet das. Beispielsweise betont er in einem Brief an die Markthändler, der unserer Redaktion vorliegt: „Wir haben an keiner Stelle behauptet, Sie alle

den Beschluss aufheben

Die CDU wirft dem Bürgermeister seit Wochen vor, er habe dem Rat bewusst ein falsches Meinungsbild der Händler übermittelt. Nach der Schilder-Aktion der Händler am Dienstag verschärft auch die SPD den Ton. „Es besteht der Verdacht, dass wir vom Bürgermeister bewusst falsch informiert wurden, damit wir der Privatisierung des Marktes zustimmen“, sagte Fraktionsvorsitzender Christian Bugzel gegenüber unserer Zeitung. „Wenn sich das bestätigen sollte, wäre die Grundlage, auf der der Ratsbeschluss getroffen wurde, obsolet. In letzter Konsequenz müssten wir den Ratsbeschluss und die Auftragsvergabe an die MarktGilde aufheben. Gegebenenfalls wäre zu prüfen, ob der Stadt Kosten entstanden sind und wer diese zu tragen hat.“ Zwar sehe die SPD Veränderungenbedarf beim Markt, um diesen langfristig zu sichern und attraktiv zu halten. Aber, so Bugzel: „Veränderungen müssen im Konsens mit den Händlern erfolgen. Was jetzt passiert, geht in die völlig falsche Richtung.“

CDU, SPD, Linke und FDP fordern nun Aufklärung in der Sonderrats-sitzung am 18. September (19 Uhr, Rathaus, öffentlich).



Links zum Thema

- [Beiträge des Bürgermeisters an Ratsmitglieder und Markthändler](#)
24.08.2018
 - [Angriff ist die beste Verteidigung](#)
Bürgermeisters Facebookbeitrag
24.08.2018
 - [Beitrag der CDU](#)
19.08.2018
 - [Beitrag der SPD](#)
25.08.2018
- [CDU Hertener – Stadtverband zur Sondersitzung am 18.09.17 – 19 Uhr](#)

Vor [23 Min](#) · 28.08.2018 21:52

-
- [dazu die FDP-Anfrage zum Thema \[klick\]](#)

[Vorlage und Beschluss Vorlagennummer 18/034](#)

erstellt lt. Doku-Eigenschaft am 15.01.2018

Beratungsfolge	Sitzung am
Ausschuss für Ordnungswesen und Feuerschutz	13.02.2018
Haupt- und Finanzausschuss	15.02.2018
Rat	21.02.2018

Politiker fühlen sich getäuscht

Die Privatisierung des Wochenmarktes erregt die Gemüter.

Stadtverwaltung verteilt Schreiben an die Markthändler

Abschrift aus der Hertener Allgemeine Beitrag von Carola Wagner 25.08.2018

Herten. Vergangene Woche hatte die Deutsche Marktgilde, die künftig für Organisation und Verwaltung des Wochenmarktes zuständig ist, den Markthändlern ihr Konzept vorgelegt. Dabei ging es auch um die Standgebühren – ein Reizthema. Mit CDU, SPD, Die Linke und FDP melden sich fast alle Ratsparteien zu Wort. Die meisten hatten ihren Segen zu der Privatisierung gegeben. Offensichtlich fühlen sich die Kommunalpolitiker von der Stadtverwaltung getäuscht. Sie fordern nun Aufklärung.

So versichert CDU-Sprecher Wolfgang Kühn, seitens der Stadt sei in der Sitzung des Ratsausschusses für Ordnung und Feuerschutz (13.2.) mitgeteilt worden, dass die Stadtspitze ihre Pläne zur Neuorganisation des Wochenmarktes den Markthändlern dargelegt habe. Bürgermeister Fred Toplak habe erklärt, dass es gute Gespräche mit den Markthändlern gegeben habe. So entstand bei der Politik wohl der Eindruck, als fänden die Markthändler die Privatisierung gut. Die CDU sei erstaunt gewesen, dass die Betroffenen die Veranstaltung mit dem Bürgermeister völlig anders wahrgenommen hätten. Kühn: „Nach Aussage der Händler waren diese überhaupt nicht mit den Vorschlägen einverstanden. Im Gegenteil. Sie fühlten

sich regelrecht überfahren.“ Zwei Händler hätten die Veranstaltung sogar erobert mit den Worten verlassen: „Wir lassen uns nicht verschaukeln“.

Die CDU wünscht nun, dass der Bürgermeister in einer Ratssondersitzung am 24. September Stellung nimmt.

Zweifel an der Gültigkeit des Ratsbeschlusses hegt auch die SPD. Sie will wissen, ob der städtische Marktmeister weiter beschäftigt wird und ob die Standkosten für die Markthändler während der Laufzeit des Konzessionsvertrags unverändert bleiben.

FDP-Ratsherr Joachim Jürgens erklärt, ihm selbst hätten Markthändler „glaubhaft versichert“, dass sie keine Neuorganisation des Marktes wünschten. Nächste Woche will er im Rathaus Akteneinsicht nehmen, um sich Klarheit zu verschaffen.

Ratsfrau Martina Ruhardt (Die Linke) traute ihren Augen nicht, als sie ein Schreiben erhielt, das die Stadtverwaltung gestern früh an die Markthändler verteilt hat. Darin stelle der Bürgermeister die Behauptung auf, dass sich seinerzeit sowohl Verwaltung als auch Politik einig gewesen seien, in Sachen Wochenmarkt neue Wege zu beschreiten. „Dies ist nachweislich falsch“, sagt Ruhardt.

Die Fraktion Die Linke habe die Privatisierung von Anfang an und in jedem politischen Gremium abgelehnt. Sie forderte, die Verbreitung des fehlerhaften Schreibens sofort zu stoppen und die entsprechende Textstelle zu korrigieren. Dies sei dann auch geschehen. Allerdings sei das Papier bereits verteilt worden.



[Hier der Beitrag aus der Lokalzeit \(09.Mai.2018\)](#)



Foto (C) JJ21.08.2018

Herten, den 19. August 2018

Joachim Jürgens, FDP-Ratsherr, Schützenstr. 84, 45699 Herten

Bürgermeister der Stadt Herten o.V.i.A.
Kurt-Schumacher-Straße 2
45699 Herten

**Antrag nach § 14 GO -Herten – hilfsweise Anfrage nach § 15 GO-Herten zur/zum:
Vorlage 18/034**

Verlegung Wochenmarkt v. 05.Okt. 2016 (als Anlage beigefügt)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Aufgrund der derzeitigen medialen Diskussion und den Divergenzen zu den Aussagen des Bürgermeisters/Fachbereichsleitung einerseits und den Markthändlern, ist eine öffentliche Klarstellung des Bürgermeisters dringend erforderlich.

Gleichzeitig beantrage ich in sämtlichen o.a. Vorgängen gem. § 55 GO-NRW kurzfristige Akteneinsicht. Ebenso erwarte ich kurzfristig das Ergebnis dem in o.a. Vorlage genannten Konzessionsausschreibungsverfahren.

Begründung:

Da aufgrund der derzeitigen Diskussion in den divergierenden Aussagen des Bürgermeisters bzw. Fachbereichsleitung einerseits und andererseits zwischen den Markthändlern Unterschiede bestehen, ist hier zur weiteren Beurteilung der Rechtslage die Klarstellung dringend erforderlich.

Ich habe selbst mit Markthändlern gesprochen. Hier wurde mir glaubhaft versichert, dass die Händler keine derzeitige Neuorganisation wünschen. Die Aussagen wurden ebenfalls durch den Zeitungsbericht in der H.A. vom 18.08.17, sowie durch einen Beitrag in der WDR-LZ-Dortmund bestätigt.[\[1\]](#)

Bitte teilen Sie mir kurzfristig den Stand des Ergebnisses meines o.a. Antrages v.05.10.16 mit, da zwar die Weiterleitung des Antrages an die Fachausschüsse vorgesehen war, einen Ratsbeschluss in der Sache konnte trotz intensiver Suche im more-rubin nicht gefunden werden.

In Erwartung einer kurzfristigen, zielführenden Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

gez. J.Jürgens

Gesammeltes PDF-Dokument (geschützt)

- **Anlage Antrag v. 05.19.16**
 - [\[1\] http://archiv.pro-herten.de/dl/180413-WDR-LZ-Wochenmakrt-Herten.mp4](http://archiv.pro-herten.de/dl/180413-WDR-LZ-Wochenmakrt-Herten.mp4)
-
-

Anfrage nach Toplaks Facebookbeitrag

Joachim Jürgens, FDP-Ratsherr, Schützenstr. 84, 45699 Herten

Bürgermeister der Stadt Herten o.V.i.A.
Kurt-Schumacher-Straße 2
45699 Herten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in Ihrem [Facebookbeitrag: Wochenmarkt.\(02.02.2018\) .. was wirklich dahinter steckt und wie es dargestellt wird... lesen und vergleichen Sie selbst. Danke.](#)

Weiter führen Sie u.a. aus: *Die Verwaltung hat im Vorfeld die Marktbeschicker zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, um sie den oben genannten Gemeinschaftsprozess mit einzubinden.*

Wie mir mehrere Marktbeschicker mitteilten, sollte sich bei dieser ersten Zusammenkunft außer Ihnen auch ein Vertreter der Privatisierungsidee befunden haben.

Im Weiteren führen Sie in Ihrem Schreiben aus: *Die Verwaltung schlägt vor, ein Konzessionsausschreibungsverfahren zur Bewirtschaftung des Wochenmarktes in Herten-Mitte durchzuführen. Die Details zum Verfahren und die damit verbundenen Aufgabenstellungen und Ziele werden im Folgenden dargestellt.*

Die erforderliche Ausschreibung ist für den 15.03.2018 geplant. Ein potenzieller Bewerber hat ein detailliertes Konzept unter Beachtung der Kriterien der noch zu erstellenden Leistungsbeschreibung abzugeben. Außerdem sind Angaben zu Referenzen, zur vorhandenen Vernetzung mit Marktbeschickern sowie zur wirtschaftlichen Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit zu machen.

Die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlags wird auf Grundlage des Ergebnisses der Bewertungsmatrix getroffen. Den Zuschlag erhält der Bieter, dessen Angebot den Zuschlagskriterien am besten entspricht. Der Zuschlag wird zwischen dem 02.05.2018 und 15.05.2018 erteilt, ein Öffentlich-Rechtlicher-Vertrag wird abgeschlossen.

Sollte kein wirtschaftliches Angebot abgegeben werden, behält sich die Stadt Herten vor, die Ausschreibung aufzuheben.

Mir ist nicht bekannt, dass der Rat der Stadt Herten in diesem Vergabeverfahren eingebunden war. **Entsprechende Dokumente sind im [more-rubin](#) nicht zu finden.**

Wie schon im FAX, mit Eingangsbestätigung v. 19.08.18, habe ich wegen den Divergenzen in den Aussagen kurzfristige Akteneinsicht beantragt. Eine Bestätigung habe ich bis heute aus Ihrem Hause nicht erhalten. Wegen der Dringlichkeit in der Angelegenheit erwarte ich einen Termin zur Akteneinsicht bis zum 31.08.2018. Hierzu fügen Sie bitte ebenfalls alle Gesprächsprotokolle in der Angelegenheit bei.

Mit freundlichen Grüßen

Übersicht Marktbesucher Hertener Wochenmarkt
Markttage Dienstag und Freitag

Warengruppen	2013		2014		2015		2016		2017		2018	
	DI	FR	DI	FR	DI	FR	DI	FR	DI	FR	DI	FR
Blumen und Pflanzen	3	4	3	4	3	4	2	3	2	3	1	2
Fischwaren	2	5	2	5	2	4	1	3	1	3	1	3
Geflügel, Eier	4	4	4	4	3	4	3	3	3	3	3	3
Obst, Gemüse	5	5	5	6	4	6	3	6	2	4	4	2
Wurst, Fleisch	4	5	3	5	3	5	3	4	4	3	4	3
Käse	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Honig	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Brot- u. Backwaren	2	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	2
Gewürze	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Feinkost	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Kurzwaren	2	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3
Bekleidung	5	6	4	5	4	7	4	8	4	8	3	7
Taschen	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	2
Tupperware, Staubsauger	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1
Imbiss	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1
Gesamt	32	40	27	39	25	40	22	37	21	36	21	32

Marktentwicklung (Quelle: Stadt Herten)

Hertener Allgemeine vom Donnerstag, 15. Februar 2018, Seite: 5
Herten. (db) Bekanntlich hat Bürgermeister Fred Toplak vorgeschlagen, den Wochenmarkt zu privatisieren.

Zwar ist der Markt beliebt, doch die Zahl traditioneller Stände (Obst, Gemüse etc.) ist rückläufig. Weitere Händler werden sich in den nächsten Jahren altersbedingt und ohne Nachfolger zurückziehen. All dem soll ein privater Betreiber entgegenwirken. Die Mitglieder des Ausschusses für Ordnungswesen und Feuerschutz erweiterten das Konzept der Neuausrichtung aber um einige Punkte.

Geblichen ist, dass die Verwaltung die Konzession öffentlich ausschreiben soll, dass der Vertrag bis zum 31. Dezember 2020 befristet ist und dass die Verwaltung nach Ablauf eines Jahres über die Erfahrungen berichten soll. Hinzugekommen ist:

Sollte keine Verbesserung eingetreten sein, wird das Projekt Privatisierung zur Ablaufzeit beendet.

Es wird sichergestellt, dass die vorhandenen Markthändler berücksichtigt werden.

Die Ausrichtung des Marktes als Frischemarkt bleibt erhalten.

Die Kosten für die Händler bleiben stabil.

Die Stelle des Marktmeisters bleibt erhalten.

Zuvor hatten einige Politiker im Gremium Bedenken geäußert. „Die Gründe für eine Vergabe an einen privaten Investor sind für uns nicht einleuchtend“, sagte zum Beispiel Martina Ruhardt (Die Linke). Sie befürchte, dass der Markt künftig mehr von einem „Event“ haben könnte, statt von einem Wochenmarkt. Holger Lenz (CDU) meinte: „Der Wochenmarkt ist eines der Dinge, die in Herten gut laufen. Wir sollten an diesem Konzept nicht rütteln.“

Letztlich überzeugte die meisten die Argumentation der Verwaltung: „Wir haben ein elementares Interesse daran, diesen Wochenmarkt nicht nur am Leben zu erhalten, sondern zu stärken“, sagte Annegret Sickers, Leiterin des Fachbereichs Ordnung. Die Privatisierung böte eine Chance – und bewerben könne sich auf die Ausschreibung jeder. Nicht nur ein Unternehmen wie die „Marktgilde“ – auch in den Reihen der Markthändler, hieß es im Ausschuss, soll Interesse bestehen, sich zusammenzutun und den Markt zu betreiben.

Am Ende stimmte der Ausschuss mit Ausnahme der Linkspartei für die Privatisierung. Die endgültige Entscheidung trifft der Rat am 21. Februar.

Händler befürchten höhere Kosten

Der Wochenmarkt wird privatisiert. Die „Deutsche Marktgilde“ stellte den Betroffenen ihre Pläne vor, konnte deren Zweifel jedoch nicht zerstreuen.

Von Carola Wagner

Herten-Mitte. Gereizte Stimmung herrschte gestern zur Mittagszeit in der Tionsklause. Vertreter der „Deutschen Marktgilde“ waren zugegen, um den Händlern des Wochenmarkts ihr Konzept vorzustellen. Bekanntlich hat die Stadtverwaltung Organisation und Verwaltung des Marktes, der Dienstag und Freitag im Schatten der St.-Antoniuskirche stattfindet, mit dem Segen des Stadtrates in die Hände des privaten Unternehmens gelegt.

Kontakt zur Deutschen Marktgilde hat die Stadtverwaltung schon seit 2014. Bürgermeister Fred Toplak forcierte den Plan, den Markt zu privatisieren, da dessen Attraktivität in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Er hofft, dass die Deutsche Marktgilde neue Händler mit zusätzlichen Sortimenten nach Herten holt und es vielleicht sogar schafft, den Wochenmarkt auf den Antoniusplatz auszuweiten, um somit die Innenstadt zu beleben.

Attraktiveres Angebot und Sonderaktionen

„Wir sind keine Heuschrecken, sondern empfinden uns als Kümmerer“, versicherte Prof. Dr. Gerhard Johnson, Sprecher des Vorstands der Marktgilde, den Händlern. Er stellte Martin Rosmiarek vor: Der Diplom-Kaufmann ist für den Hertener Wochenmarkt zuständig. Ziel sei es, ein rundum attraktives, hochwertiges Warenangebot zu präsentieren. Auf



Skeptisch blickten die Markthändler drein, als der Vertreter der Marktgilde das Konzept darlegte. —FOTO: C. WAGNER

keinen Fall wolle man Ramsch-Händler integrieren. Der Markt solle insgesamt interessanter werden, zum Beispiel durch verbrauchsfertige Snacks und Salate (sogenanntes Convenience-Food) und Imbiss-Stände, die mit Tischen und Bänken zum Verweilen einladen. Geplant seien Sonderaktionen und Thementage, etwa zu Ostern,

Weihnachten, Erntedank etc. Auch Kindergärten und Vereine sollen einbezogen werden. Die Stadt erhalte von der Marktgilde eine Platzmiete, Händler hingegen zahlen ihre Standgebühren künftig an die Gilde: Vertragshändler 1,18 Euro pro Quadratmeter, Tageshändler 1,80 Euro pro Quadratmeter. Zudem werden Rabatte und Sonderkon-

ditionen eingeräumt. „Ich sage zu, dass die Preise für zwei Jahre beibehalten werden“, sagte Prof. Johnson.

Dass die Standpreise tatsächlich stabil bleiben, zweifelten viele Händler an. „Wir haben Angst, dass wir restlos ausgebeutet werden“, erklärte ein Blumenhändler. In einer kontroversen Diskussion schieden sich die Geister an der Art und Weise, in der die Flächen bemessen werden. So berechnet die Marktgilde auch jene Quadratmeter, die von den Marktwagen-Vordächern (die Händler sagen dazu „Klappe“) und Wagen-deckeln eingenommen werden – Flächen, welche die Stadt bislang nicht berechnet. Martingilden-Mann Martin Rosmiarek reist demnächst zur Vermessung der Standflächen an – dann wird sich zeigen, ob die Ängste der Händler berechtigt sind.

Bäcker Wilhelms Lensmann (66), der seit 25 Jahren auf dem Markt steht, ist sich sicher: „Für uns wird es teurer. Schließlich will die Marktgilde verdienen.“

INFO

Die Deutsche Marktgilde

◆ Das Unternehmen Deutsche Marktgilde eG ist seit 33 Jahren im Geschäft und hat seinen Sitz in Eschenburg. Sprecher des Vorstands der eingetragenen Genossenschaft ist Prof. Dr. Gerhard Johnson. Für den Hertener Wochenmarkt zuständig ist Diplom-Kaufmann Martin Rosmiarek von der Kölner

Niederlassung.

◆ Deutschlandweit werden in 120 Städten Märkte organisiert, beispielsweise in Dresden, Bonn, Mülheim, Leverkusen, Velbert und Monheim. Summa summarum finden pro Woche 260 Markt-tage unter Federführung der Deutschen Marktgilde statt.
◆ Die Marktgilde ist zunächst bis zum 31. Dezember 2020 im Geschäft. Sollte sich

die Situation des Marktes bis dahin nicht verbessert haben, wird das Projekt Privatisierung zur Ablaufzeit beendet. Die Ausrichtung als Frischemarkt bleibt bestehen, vorhandene Markthändler werden berücksichtigt, ihre Kosten bleiben angeblich zunächst stabil.

@ www.marktgilde.de

Hertener Allgemeine v. 18.08.2018

Markthändler fühlen sich nicht ernst genommen

INNENSTADT. Bei einer Diskussion im Tiöns-Koben üben die Beschicker massive Kritik an den Plänen der Stadtverwaltung zur Neuorganisation.

Von Danijela Budschun

Sie sind skeptisch, machen sich Sorgen um ihre Geschäfte, fühlen sich nicht ernst genommen: Zehn Markthändler haben während eines Treffens, zu dem die Hertener CDU und die Mittelstandsvereinigung (MIT) in den Tiöns-Koben geladen hatten, ihrem Unmut Luft gemacht. „Wir fühlen uns vorgeführt“, sagen nicht nur Obst- und Gemüsehändler Jan Abels sowie Wilhelm Lensmann, der Kuchen und Backwaren verkauft. Es geht um die Entscheidung, die Organisation des Hertener Wochenmarkts von der Stadtverwaltung auf einen privaten Betreiber wie die „Marktgilde“ zu übertragen. Und es geht um den Umgang der Stadtverwaltung mit den Marktbesckickern.

Rückblick: Im Januar wurden sie zu einer Veranstaltung

geladen, bei der Bürgermeister Fred Toplak und Vertreter der Verwaltung die Privatisierungsidee vorstellten. Anschließend, so CDU-Pressesprecher Wolfgang Kühn und Ratsherr Holger Lenz, habe die Verwaltung es vor Politikern im zuständigen Ordnungsausschuss so dargestellt, „dass sich zwar zwei, drei Händler damit schwergetan hätten, aber am Ende sei man einvernehmlich auseinandergegangen.“ Eier- und Geflügelhändler Heinrich Kortmann sagt jedoch: „Wir waren grundsätzlich dagegen.“ Vielmehr hätten Markthändler Gespräche mit Bürgermeister Fred Toplak und Rechtsdirektorin Annegret Sickers geführt, um ihre Bedenken vorzubringen. „Wir haben ein paar Mal versucht zu erklären, was passieren wird“, sagt Jan Abels. Doch sie hätten sich nicht ernst genommen gefühlt.

Die Händler fürchten, dass die Marktgilde verstärkt Tagesbeschicker und Saisonanbieter auf den Wochenmarkt bringen könnte. „Das macht uns unser Geschäft kaputt“, glaubt Dieter van der Post, der seit mehr als 15 Jahren Blumen in Herten verkauft. „Wir brauchen nicht noch fünf Taschen- und drei Blumenhändler“, sagt Fleischhändlerin Rita Krafczyk. Und dass Händler, die gut laufende Standorte in anderen Städten haben, nach Herten wechseln, glaubt Heinrich Kortmann nicht: „Die haben ihre festen Märkte. Die geben doch nicht einen gut gehenden Markt auf, um nach Herten zu fahren und sich hier Kundschaft aufzubauen.“ Er dürfte wissen, wovon er spricht: Seit mehr als 40 Jahren ist Kortmann auf Märkten im Ruhrgebiet unterwegs.

Argumente des Bürgermeisters für die Privatisierung wa-

ren, dass die Zahl der Händler rückläufig sei, ein privater Betreiber neue Händler mit zusätzlichen Sortimenten nach Herten holen und Aktionen anstoßen könnte. „Wir brauchen nicht Masse, sondern Klasse“, findet Dieter van der Post. „Das ist das Entscheidende, worauf wir uns konzentrieren müssen: Die Qualität des Marktes zu erhalten.“

Die Beschicker hätten sich auch selbst bei der Stadt als Betreiber bewerben können. „Wir hätten sechs Wochen Zeit gehabt, ein Konzept zu erstellen“, berichtet Dieter van der Post. „Wir konnten das zeitlich gar nicht stemmen. Außerdem: Wir wissen, wie wir einen Marktstand führen, aber nicht, wie man einen Markt leitet.“ Ideen, wie man den Hertener Wochenmarkt beleben könnte, haben sie durchaus: Ein kleines Karree mit Stehtischen oder Bierzeltgarnituren schaffen, wo Marktbesucher bei einer Tasse Kaffee verweilen können, oder Hobby-Händlern eine Fläche zur Verfügung stellen, auf der sie ihre Waren verkaufen können – angelehnt an die Idee für den Langenbochumer Regionalmarkt.

Fazit des gestrigen Treffens: Wolfgang Kühn und Holger Lenz von der CDU wollen die Standpunkte der Marktbesckicker in der nächsten Sitzung des Ordnungsausschusses „sehr deutlich zur Sprache bringen“. MIT-Vorsitzende Sarah Timmerberg sagt sogar: „Das Vertrauensverhältnis ist gestört.“ Zu ändern ist jetzt allerdings erst einmal nichts: Die Organisation des Marktes ist per Ratsbeschluss öffentlich ausgeschrieben worden (siehe „Rückblick“). Ab dem 1. Oktober übernimmt die „Marktgilde“.



Die Marktbesckicker haben sich zur Diskussion im Tiöns-Koben getroffen.

RÜCKBLICK

Beschlossene Sache

Am 21. Februar beschloss der Rat bei vier Gegenstimmen, dass die Verwaltung die Konzession für den Marktbetrieb öffentlich ausschreibt, der Vertrag bis zum 31. Dezember 2020 befristet wird und dass die Verwaltung nach Ablauf eines Jahres berichten soll. Sollte keine Verbesserung eingetreten sein, wird das Projekt Privatisierung zur Ablaufzeit beendet. Die Ausrichtung als Frischmarkt bleibt bestehen, vorhandene Markthändler werden berücksichtigt, ihre Kosten bleiben zunächst stabil und die Stelle des Marktmeisters erhalten.

3 Kommentare

Detlef Fohlmeister

27. August 2018 um 09:25 (UTC 0)

S. 37

[Zum Anfang](#)

Für mich, als Außenstehender ist es eine klare Sache.

Der Bürgermeister hat recht, alle Anderen (Ratsmitglieder, Politiker, Markthändler und die Presse) haben unseren BM falsch verstanden.

So ergeht es den Bürgern in der Stadt Herten mit dieser Verwaltung schon seit Jahren. Auch ICH hatte Toplak gewählt, in der Hoffnung, dass er in der Verwaltung aufräumt. Leider wurde er genau vor diesen Karren gespannt. Dies hätte am Anfang seiner Zeit als BM stattfinden müssen. Hier und da einige Entlassungen und er wäre der Herr im Hause gewesen. Mit Nettigkeiten, kann man so ein (wie spricht man in Herten: verfilztest) Unternehmen nicht leiten. Nun kann auch er nichts mehr Ändern. Zu tief ist mittlerweile der Riss im Rat und das Vertrauen der Bürger verloren gegangen. Von einem NEUANFANG kann keine Rede mehr sein. Nur noch von einem WEITER SO.

Matthias Waschk

21. September 2018 um 19:25 (UTC 0)

Matthias Waschk schreibt im Facebook zur Sonderratssitzung:

Und was ich zur Sondersitzung und den Beschlüssen sage: Das war gestern eine Sternstunde der lokalen Demokratie! Der Rat hat gezeigt, wozu er gewählt worden ist. Eine verrückte Marktprivatisierung wurde in letzter Minute einstimmig gestoppt. Das völlige Versagen der Verwaltungsspitze wurde haarklein aufgedeckt und Punkt für Punkt nachgewiesen. Danke vor allem an Stefan Grave (CDU), Joachim Jürgens (FDP) und Martina Ruhard (Linke) für ihre erstklassigen Statements! Danke, dass Sie sich so viel Mühe gegeben haben, so viel Zeit investiert haben, die Vorgänge minutiös nachzuzeichnen! Das war wirklich groß. Der Bürgermeister dagegen war nicht einmal ansatzweise in der Lage, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Am Ende hat er offenbar gar nicht gemerkt, dass er selbst dem CDU-Antrag (Stopp der Privatisierung) zugestimmt hat! Und schließlich: Eine absolute Wahnsinns-Idee: Der Abriss zweier bestehender Sportstätten zugunsten eines Neubaus im Backumer Tal wurde ebenfalls gestoppt. Man muss sich das mal überlegen: Zwei Sportstätten in den Stadtteilen sollten geplättet und ein Naherholungsgebiet zubetoniert werden. Wer kommt auf so einen Irrsinn? Warum wird so ein Quatsch vom Bürgermeister mitgetragen? Der Rat hat klare Kante gezeigt und ebenfalls einstimmig „NEIN“ dazu gesagt. Herr Toplak hatte im Wahlkampf gesagt: „Lass das mal den Papa machen“. Sie haben den „Papa“ NICHT machen lassen. Und das ist auch gut so. Ich hatte den Eindruck, er versteht gar nicht, was da vor sich geht. Gestern, das war allerspätestens der Anfang vom Ende des „Experiments“ Toplak.

Detlef Fohlmeister

26. September 2018 um 10:12 (UTC 0)

[Antworten](#)

Das ganze ist doch ein Witz.

Wenn ich als BM der Marktgilde mitteile: „Ihr (Marktgilde) habt zwar einen Vertrag, doch der kommt nicht zur Ausführung“ (es wird dennoch aber bezahlt) dann ist das so.

Wenn dem nicht so ist, läßt dies FÜR MICH folgendes vermuten:

- a) Der BM läßt sich nun von der Marktgilde auch noch auf dem Kopf rum tanzen oder
- b) Er macht mit der Marktgilde gemeinsame Sache, gegen den Rat der Stadt Herten.

Anlage: Protokoll des Rates v.18.09.2018 Sitzung 18/171